

SOZIALZEITUNG

Zentral-Organ für die Interessen
der im Handels-, Transport- und Verkehrsgewerbe beschäft. Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.
Publikations-Organ des Deutschen Transportarbeiter-Verbandes.

Erscheint jede Woche Sonntags.
Einzel-Abonnement pro Quart. franco geg. franco 1,50 Mt.
Der Courter ist in die Postzeitungliste eingetragen.

Redaktion und Expedition: Berlin SO. 16, Engel-Ufer 21.
Telephon: Amt Moritzplatz, 950 und 11864.
Geöffnet von 9 Uhr vorm. bis 4 Uhr nachm., Sonntags geschl.

Redaktionsbüro
am Montag Morgen vor Erscheinen des Blattes.
Unverlangte Manuskripte werden nicht zurückgesandt.
Zuschriften und Deklamationen an die Schriftleitung.

Nr. 16.

Berlin, den 21. April 1912.

16. Jahrg.

Klassenkampf und Gewerkschaftsorganisation!

Laut Freunde, tüchtige Gegner und verbissene Feinde der freien Gewerkschaften berufen sich zur Rechtfertigung ihres Verhaltens auf den Klassencharakter der modernen Arbeiterbewegung. Schließlich sympathisieren sie alle mit dem Koalitionsrecht, oder aber, sie erklären, es zu respektieren, wenn, ja wenn die bedröhten Arbeiter auf den Klassenkampf verzichten wollten. Eine Arbeiterorganisation, lediglich der Frage wirtschaftlicher Interessenvertretung gewidmet, losgelöst oder gar in Frontstellung zur Sozialdemokratie, würde man in gerechten Bestrebungen, die das Wohl der Unternehmer nicht verletzten, die Industrie nicht bedrohten, gern unterstützen. Ihre Feindschaft gelte nur der im Namen der sozialdemokratischen Partei als deren Werkzeug im Kampfe gegen die bestehende Staats- und Gesellschaftsordnung mißbrauchten Klassenkampforganisation. So hört man es aller Orten!

Zum Hauptsprachrohr solcher Argumentationen entwickeln sich mehr und mehr die christlichen Gewerkschaften. In einer kürzlich in Köln abgehaltenen christlichen Gewerkschaftsversammlung sprach der Generalsekretär Stegerwald mit Bezug auf die freien Gewerkschaften von einem „spezifisch sozialdemokratischen Klassenkampf“, den die Christen aus nationalen und religiösen Gründen ablehnen müßten.

Mit solchen Phrasen werden die Mitglieder irreführt, was ja auch der Zweck der Uebung ist. Die christlichen Wortführer würden sehr in Verlegenheit geraten, wenn sie sagen sollten, was sie sich eigentlich bei der Ablehnung des spezifisch sozialdemokratischen Klassenkampfes der freien Gewerkschaften denken, wenn es sich um die Durchsetzung wirtschaftlicher Forderungen handelt. In den Forderungen selbst liegt das Spezifische doch nicht begründet. Das kann nicht sein, sonst hätten ja die vielgelesenen katholischen Sozialpolitiker, den Bischof Ketteler an der Spitze, spezifisch sozialdemokratische Forderungen als Grundsätze christlicher Weltanschauung proklamiert! In materieller Hinsicht unterscheiden sich nämlich die programmativen Forderungen Kettelers und seiner Nachtreter und Nachbeter wenig oder gar nicht von denen, die in die Praxis umzusetzen, der freien Gewerkschaften eifrigstes Bestreben ist. „Aber, wir fordern vom Standpunkt christlicher Gerechtigkeit aus, ihr von dem der Klassenkampfidee, wonach es keine Harmonie zwischen Kapital und Arbeit gibt!“ So hört man die Christlichen einwenden. Ihr Einwand ist nicht standfest. Die allerchristlichsten Unternehmer geben in der Ausbeutung dem gottlosen Kapital um kein Gota nach. Eher ließe sich konstatieren, daß die frömmsten Kapitalisten meistens auch die rücksichtslosesten sind. In der Oberschlesischen Kohlen- und Eisenindustrie z. B., wo Zentrumsgrößen und kirchliche Würdenträger das Zepter der Industriebherrschaft führen, werden die allererbärmlichsten Löhne gezahlt, viel niedrigere als in Rheinland-Westfalen, wo nichtultramontane Unternehmer die Interessen des Kapitals wahrnehmen! Dabei ist in Schlefien die Arbeitszeit länger als im Machtbereich des gottlosen liberalen Kapitals.

Aber selbst wenn man den Einwand der Christen als berechtigt passieren lassen wollte, dann ergäbe sich für die gleichen wirtschaftlichen Forderungen, für dieselben Kampfmittel — die Christen verworfen grundsätzlich keines der von den freien Gewerkschaften praktizierten Kampfmittel — nur ein verschiedenes Motiv. Nur über die Ursachen der wirtschaftlichen und sozialen

Uebel gingen dann die Ansichten auseinander. Vorausgesetzt allerdings, daß die Macher der christlichen Gewerkschaften die Forderungen nicht lediglich als Lock- und Versüßungsmittel betrachteten. Ueber die Opportunität einer Maßnahme, über das Ausmaß einer Forderung und über die einzuschlagende Taktik können allerdings Meinungsverschiedenheiten bestehen. Christliche Gewerkschaftsführer haben schon gegen freie Verbände den Vorwurf erhoben, daß sie zu bescheiden seien, die notwendige Energie nicht entwickelten, vor einem Streik zurückgeschreckt wären. Dergleichen Meinungsverschiedenheiten werden immer bestehen, selbst innerhalb einer Organisation. Aber sie rechtfertigen doch keine Zerspaltung. Sie können nur im Interesse der Gesamtheit paralytisch und ausgezogen werden, wenn in einer gemeinsamen Organisation die Mehrheit entscheidet. Wollte da jeder nach seinem eigenen Kopfe handeln, dann hätten die Unternehmer, die selbst keine Zerspaltungsorganisation dulden, immer gut Wetter; die Arbeiter kämen auf keinen grünen Zweig. Eine wirkliche Differenz bestünde in dem Zweck der gleichen Forderung, des gleichen Kampfes und Kampfzieles! Die Christen wollen angeblich durch die Verwirklichung ihrer Forderungen christlichen Grundsätzen im Gesellschaftsleben Geltung verschaffen, während die freien Gewerkschaften die Besserstellung der Arbeiterschaft, die Hebung ihres gesamten kulturellen Niveaus als Selbstzweck betrachten!

Ueber Motive wird aber nicht abgestimmt! Bei den Arbeitern ebensowenig wie bei den Unternehmern! Diese verharren auf ihrem Klassenstandpunkt, dem des Herrn-im-Hause-Seins, den ausgesprochenen Christen gegenüber genau so gut wie gegenüber freien Gewerkschaftlern. Wer Forderungen stellt, ist eben ein Feind des Kapitals und wird von diesem bekämpft. Jammern doch selbst die christlichen Gewerkschaften darüber, daß sie von den Unternehmern genau so behandelt würden wie die freien, „spezifisch klassenkämpferischen Gewerkschaften“. Dem Unternehmer ist es ganz gleichgültig, ob sein Profit von Heiden, Juden, Christen oder sonst wem bedroht wird. Die mit den schlechtesten Löhnen zufriedenen Akteure sind ihm angenehmer als wie der unzufriedene Dogmengläubiger. Berichtet doch auch der Generalsekretär Stegerwald (in der angezogenen Versammlung nach einem Leitartikelbericht der „Köln. Volkszeitung“, Nr. 195): „... In den letzten Jahren sind mehrere Fälle bekannt geworden, in denen Arbeitervereinspräsidenten — katholische Geistliche — in den Industrieorten sich energisch der Rechte der Arbeiter annahmen. Was war die Folge? Die Fabrikanten und ihr Anhang — verschiedentlich ließen sich selbst eine Anzahl Arbeiter zu dieser Rolle mißbrauchen — inszenierten eine wahre Hejragd gegen den geistlichen Präses, mit dem Ergebnis, daß dieser an dem betreffenden Orte eine erspriehliche Tätigkeit nicht mehr ausführen konnte und versetzt werden mußte. (Hört, hört!)...“ Die Unternehmer pfeifen auf christliche Grundsätze, das Profitmachen ist ihre Religion.

Das Verhalten der Unternehmer zwingt die Arbeiter zu solidarischem Handeln; eine Zerspaltung ihrer Kräfte bedeutet eine Stärkung des Kapitals. Wer die Arbeiterschaft schwächt, ist, ob er will oder nicht, ein Trabant der Unternehmer.

Die von den Machern der christlichen und anderer Sonderorganisationen konstruierten oder unferthalben wirklich vorhandenen Motive der freien Gewerkschaften bei der Geltendmachung der Arbeiterforderungen bilden kein Hindernis für eine gemeinsame Organisation und für einmütiges Handeln. Dem freien Gewerkschaftler

ist es wirklich recht gleichgültig, ob sein Nebenmann aus christlichem, sakundischem oder mohammedanischem Grundsatz Schulter an Schulter mit ihm für die Eringung besserer Arbeitsbedingungen kämpft. Die Hauptsache ist, daß das geschlossene einmütige Zusammengehen die Gewinnsüchten verbessert, Garantien des Sieges gibt, die bei einer Zerspaltung fehlen. Und wenn es den Christen ernst ist mit ihrer christlichen Grundsätzen, wenn sie wirklich der Ansicht sind, daß dem Christentum mit der Aufhebung und Bekämpfung unchristlicher Verhältnisse ein Dienst geleistet werde, dann versündigen sie sich wider ihre eigene Ueberzeugung, gegen ihre Religion, wenn sie die Durchführung jener Grundsätze durch Eigenbrödeli verhindern, nur weil andere zwar dasselbe Ziel erreichen wollen, wie sie selbst, aber aus vermeintlich anderen Motiven handeln. Was kümmern sie die Motive ihrer Nebenmenschen — Nächsten, wie die Heilige Schrift lehrt — wenn deren Wirken und Streben im Effekt der Verwirklichung christlicher Grundsätze dient?!

Das Verhalten der christlichen Gewerkschaftsführer enthält eine Zwiesspältigkeit, eine Inkonsistenz, die denkenden Arbeitern nicht verborgen bleiben kann. Das wissen auch die Inspiratoren. Und dieses Bewußtsein macht sie zum Vater einer weiteren unwahren Behauptung. Die Genesführten, gutgläubiger, im Vertrauen auf die von den Machern genutzte Religion blind folgenden Arbeiter sollen von jedem Gedanken an Solidarität abgeschreckt werden. Zu diesem Zwecke verkündigen die Prediger der einzig seligmachenden christlichen Gewerkschaften, die freien Verbände seien dienstbare Geister der sozialdemokratischen Partei, deren Parteiziele sie Arbeiterinteressen opfereten. Solcher Schwindel ist wirklich zu groß, als daß seine Verkünder nicht vom Gegenteil überzeugt sein müßten.

Die freien Gewerkschaften machen die Mitgliedschaft von keinem Glaubensbekenntnis, auch nicht von dem zur Sozialdemokratie abhängig. Ein eventueller Austritt aus der sozialdemokratischen Partei bedingt nicht auch den Austritt aus der Gewerkschaft. Diese stellt nur eine Bedingung: Anerkennung der gewerkschaftlichen Grundsätze! Auf die Forderungen der Sozialdemokratie, die außerhalb ihrer eigenen wirtschaftlichen und sozialen Bestrebungen liegen, verpflichten sich die Gewerkschaften nicht. Und es gibt keinen Fall, daß eine freie Gewerkschaft auf berechnete und opportune gewerkschaftliche Aktionen im Interesse der Partei verzichtet hätte! Eine solche Situation schließen die tatsächlichen Verhältnisse vollständig aus. Es gibt nämlich keine rein gewerkschaftliche Forderung, für welche die Sozialdemokraten nicht eingetreten wären, nicht eintreten müßten! Dabei war es ganz gleichgültig, von welcher Seite die Forderung erhoben worden war. Bei allen Gelegenheiten setzten die Sozialdemokraten ihren ganzen Einfluß ein auch für von christlichen Gewerkschaften oder auch katholischen Arbeitervereinen unterbreiteten Forderungen. Selbst dann noch, wenn das allerchristlichste Zentrum sie ablehnte und bekämpfte! Niemals hat die Sozialdemokratie eine wirtschaftliche oder soziale Forderung bekämpft. Ihr Programm erlaubt eine solche Handlungsweise nicht. Sie kämpft für Christen und Nichtchristen mit gleicher Liebe und Energie! Den Wortchristen bleibt es vorbehalten, gegen den Grundsatz, den Nächsten zu lieben, für die Schwachen und Unterdrückten einzutreten, in der größtmöglichen Weise zu verstoßen. Diese unseugbaren Tatsachen beweisen, daß die freien Gewerkschaften wirklich frei sind, zu keiner

Freigabe von Arbeiterinteressen zugunsten der Sozialdemokratie jemals gezwungen werden können.

Die freien Gewerkschaften üben keinerlei Zwang aus, um ihre Mitglieder, die sie selbstverständlich über das Wesen und die Ziele der verschiedenen Parteien unterrichten, zu Parteimitgliedern zu machen, dagegen hat die Partei sich freiwillig in ein gewisses Abhängigkeitsverhältnis zu den Gewerkschaften gebracht.

Nur böser Wille kann aus solchen Maßnahmen und Grundfäden, die von dem Bestreben diktiert sind, die Arbeiterinteressen wirksam zu fördern, eine das Arbeiterwohl schädigende Abhängigkeit der Gewerkschaften von der Partei konstruieren.

Wie aber ist das Verhältnis der christlichen Gewerkschaften zur Zentrumspartei, als deren Kinder sie sich doch betrachten und betrachten müssen? Der Bruderkampf im Christenlager, der Streit zwischen den katholischen Fachabteilungen und christlichen Gewerkschaften wird von hervorragenden Zentrumsführern genährt und gefördert.

schafflichen Interessen ihrer Mitglieder durch das Zentrum geschädigt werden?

Daß die christlichen Gewerkschaften sich weiter nicht der Selbständigkeit der freien Gewerkschaften erfreuen, sie sich als von einem anderen Willen gebildet betrachten, das enthüllt greifbar deutlich der innerhalb der Zentrumsanhängerschaft tobende Gewerkschaftsstreit.

Wit der Konstatierung dieser Tatsache ist auch der Beweis dafür erbracht, daß die christlichen Gewerkschaften des Selbstbestimmungsrechtes ermangeln, daß sie den freien Gewerkschaften, der Wahrheit zuwider, abstreiten.

Keine Arbeitszeitverkürzung im Hamburger Hafen?

Als die Forderungen der Hafenarbeiter bekannt wurden, entstand unter den kapitalistischen Zwecken dienenden Blättern ein tolles Weitreuen. Diese Fabrikanten öfentlicher Meinung, von denen Lassalle einmal sagte, sie täten besser, Eratondöl zu fabrizieren, hielten es für ihre heiligste Pflicht, nachzuweisen, daß die Forderungen der Hafenarbeiter unberechtigt seien.

dem die Nase gibt, die er braucht, kapitalistische Zeitungsanfragen einen Wettbewerb mit Polizeihunden also zu ihren Gunsten entscheiden würden, hatten sie auch bereits den Grund der Ablehnung gerochen: „die Konkurrenzmöglichkeit durch eine Verabsehung der Arbeitszeit gefährdet.“

Wir glauben auch vorerst noch nicht an die Behauptung der kapitalistischen Presse, wir glauben vielmehr, daß sie sich noch einmal selbst ins Gesicht schlägt — wenn sie melden muß, daß die Hafenarbeiter endlich den Zehnstundenarbeitstag hinter sich gelassen haben.

Wenn wir den Menschen nur vom geschäftlichen Standpunkte aus betrachten, wenn wir ihn nur als eine Maschine ansehen, so dürfen wir auch nicht vergessen, was für eine Maschine er ist, wie furchtbar und wundervoll gebaut.

Die Sozialdemokraten: Sie müssen!

Gärende Massen kommen in Bewegung. Muß nicht, wenn die Ewigkeit brennt und lodert, der Berg des Mammons, den wir auf sie gehäuft, zerbersten? Sie sagen in ihrer Angst: Das ist die Begehrtheit der Menge, die stuchwürdige Ungenügsamkeit der Masse, das ist Revolution und Umsturz.

Ihr wollt es ja nicht anders haben. Ihr laßt nicht freiwillig vom Mammon. Ihr lachtet der ewigen Liebe, die man euch predigt. Ihr sprecht: So ist es immer gewesen und so wird es bleiben auch künftighin.

Schandtat! Meine Feder erlahmt, wenn ich davon reden soll. Wohin das Auge schaut, Bergewalligung der Kleinen durch die Großen. Ein ununterbrochenes, auf's Tiefste empörendes Ausbeutungssystem, Druck und Fessel überall.

*) Wir bringen nachstehend einen Absatz aus dem vorzüglichen Buch: Sie müssen, zum Abdruck. Der Verfasser, Hermann Kutter, ist Pfarrer in der Schweiz.

angeschmiebet an die unerbittliche Macht der Maschine, an die unerbittlichere des Bodenbesizers. Da gibt es kein Entrinnen, keine Aussicht auf Aenderung, Erleichterung. Wo einmal der Mammon ein Menschenherz umkrallt hat, da ist die Hölle auf Erden.

Die Gesellschaft hat kein Recht, aber Revolution zu klagen. Dieser Vorwurf ist in ihrem Munde — wir wiederholen es — eine unerträgliche Heuchelei. Sie mißhandelt die niederen Massen und spricht von Revolution, wenn diese ihr Joch abzuschütteln suchen.

Art zu schützen, dann spricht man von Gott, der das alles so gefügt und festgesetzt habe. Aber gilt es das Recht der Gedrückten, dann spricht man von der Hölle, von satanischen Geistes, die sie erfüllen.

Warum darf der Arme nicht leben, warum darf er nicht ein sorgenloses Dasein führen wie ihr, warum muß er sich in Gram und Elend verzehren — etwa, weil ihr sonst nicht so viele Dividenden zu verteilen, nicht so schöne Häuser und Lustgärten zu bauen vermöchtet?

Gelassen schaut ihr in das Elend der Menschheit. Ihr erbebt nicht vor dem Geschrei der Unglücklichen. Eure Stirne ist hart wie Stahl, euer Herz fest wie der Fels.

zwei oder drei Stunden muß den ganzen Menschen körperlich, sittlich und geistig bessern; und die Vesserung des Menschen wird alle Menschenarbeit verbessern. Warum kann der indische Baumwollfabrikant, bei dessen Lure die Baumwolle wächst, im Bazar seiner eigenen Stadt nicht mit den englischen Baumwollfabrikanten konkurrieren, der tausende von Meilen weit den Rohstoff holen muß? Der Redner weist dann auf die Maschinenleistungen hin, und wieviele Verbesserungen dem Scharfsinn und dem geduldrigen Nachdenken der Arbeiter zu danken seien. Die Erfinder der Spinn- und der Webmaschinen waren Arbeiter. „Und“, fuhr er fort, „in was für einer Gesellschaft werden solche Verbesserungen am wahrscheinlichsten gefunden werden? Gewiß in einer Gesellschaft, in der die Fähigkeiten des arbeitenden Volkes durch Erziehung entwickelt wurden. Was macht die großen Unterschiede von Land zu Land? Nicht die Leppigkeit des Bodens, nicht die Milde des Klimas, nicht Bergwerke, noch Häfen oder Flüsse. Diese Dinge sind allerdings wertvoll, wenn sie vom menschlichen Verstand richtig verwendet werden; aber der menschliche Verstand kann vieles ohne sie leisten; sie ohne ihn aber nichts. Sie sind im höchsten Grade vorhanden in Gegenden, deren Bewohner wenig zahlreich und schmutzig, roh und nachdenklich und hungernd sind, während man auf öden Felsen mitten in ungeheuren Wüsten und unter rauhen Himmel eine ungeheure Bevölkerung finden kann, gut ernährt usw.“ Um dies zu beweisen, stellt Macaulay die fruchtbaren Länder Ägypten und Sizilien im Vergleich zu dem rauhen Schottland und Holland. Er erinnert daran, daß Amerika gleich fruchtbar war, vor wie nach der Entdeckung, aber jetzt doch ganz anders ansehe. „Was bewirkte den Wechsel? Geld? Nein: die Auswanderer brachten meist nur wenig mit. Der Mensch, der Mensch ist das große Werkzeug, das Reichtum erzeugt. Nie will ich glauben, daß das, was ein Volk stärker und gesunder, weiser und besser macht, es schließlich ärmer machen kann. Sie suchen uns zu schrecken, wenn Sie sagen, daß in Deutschland länger gearbeitet wird, so lange, daß unter Tausenden nicht einer so hoch wächst, daß er ins Heer eingestuft werden kann; und Sie fragen, ob wir, wenn wir die Verkürzung der Arbeitszeit durch Gesetz beschließen, wohl einer solchen Konkurrenz standhalten können? Ich lache über den Gedanken einer solchen Konkurrenz. Wenn wir jemals vom ersten Platz unter den handelsreibenden Völkern weichen müssen, so werden wir nicht einer Klasse abgelehnter Zwerge weichen, sondern einem Volke, hervorragend stark an Körper und an Geist.“

Wenn die deutsche Schifffahrt auf ihrer jetzigen Höhe bleiben will, hat sie alle Ursache, dafür zu sorgen, daß ihr stets Arbeiter zur Verfügung stehen, „hervorragend stark an Körper und an Geist“. Selten ist der Einwand der Konkurrenzunfähigkeit gründlicher widerlegt, als in der Rede des englischen Parlamentariers. Seit jener Zeit hat die

*) Bientlich am Schluß der Rede sagte Macaulay: „Wir hinderten den Arbeiter, sein Brot dort zu kaufen, wo er es am billigsten bekommen konnte; aber wir hinderten ihn nicht, seinen Geist und Körper durch übermäßige Arbeit zu ruinieren.“ Die Rede wurde nicht 1912 gehalten...

Erfahrung die Nichtigkeit der von Macaulay aufgestellten Behauptung, daß die Arbeitszeitverkürzung die Konkurrenzfähigkeit nicht einschränkt, glänzend bestätigt. England marschiert noch immer an der Spitze der Handelsvölker; wenn es in Deutschland Leute gibt, die es für möglich halten, Deutschland an jene Stelle zu bringen, die heute England behauptet, dann haben sie alle Ursache, für die Forderung der Handels- und Hafenarbeiter einzutreten. Denn noch eine Wirkung der kürzeren Arbeitszeit hob Macaulay hervor, die gesteigerte Arbeitskraft der Arbeiter. Auch hierfür liegen zahlreiche Beweise vor. Die Arbeitszeitverkürzung hat nicht etwa zur Verringerung der Produktion, sondern umgekehrt zu ihrer Vermehrung geführt. Selbst dort, wo die Produktionsbedingungen die gleichen blieben, hat die Produktion nach einer kurzen Zeit des Niederganges wieder einen Aufschwung genommen, der meistens über die Höhe der früheren Leistung hinausging. In seiner kleinen Schrift: „Die Verkürzung der täglichen Arbeitszeit“ gibt Rudolf Morf Erfahrungen wieder, die von Geschäftsleuten gesammelt und Urteile, die von Fachmännern gefällt wurden. Die Erfahrungen wurden gemacht, als die Schweiz durch Abstimmung die Herabsetzung der Arbeitszeit für Fabrikarbeiter beschloß. So heißt es u. a. in den Berichten der Fabrikinspektoren nach den Aussagen von Fabrikanten, Direktoren usw.:

„Für die Stickerei ist die Normalarbeitszeit eine wahre Wohltat für die Arbeiter und durchaus kein Nachteil für die Arbeitgeber. Die Befürchtung, es möchte eine Produktionsverminderung eintreten, sei unbegründet gewesen. Die längere Arbeitszeit ist nicht nur eine physische Schädigung der Arbeiter, sondern sie verschlechtern auch das Verhältnis zwischen Arbeiter und dem Prinzipal, da dieser stets in den Verdacht komme, unmäßigen Profit aus der langen Arbeitszeit zu ziehen.“

Im Anschluß daran gibt ein schweizerischer Fabrikinspektor ein Beispiel aus der englischen Praxis:

„Eine englische Baumwollspinnerei mit 25 000 Spindeln beschäftigt samt dem Büropersonal 75 Personen, also drei Personen auf 1000 Spindeln. Bei uns kommen auf dieselbe Spindelzahl 5 bis 6 Personen. Die Löhne sind in England eininhalb bis zweimal höher als bei uns. Trotzdem ist der Arbeitslohn für ein Pfund Garn geringer als hier: Daraus folgt, daß der dortige Arbeiter in seinen 56 Arbeitsstunden pro Woche das Doppelte leistet, als der unsrige in 65 Stunden. Die Mehrleistung beruht zum Teil auf besseren Maschinen und schnelleren Gang derselben, zum Teil aber auch auf der Leistungsfähigkeit der Arbeiter und diese hat ihren Grund darin, daß der Arbeiter infolge seines höheren Lohnes sich besser nähren kann, und daß schon seit vielen Jahren seine ausgiebige Tätigkeit auf eine kurze Zeit beschränkt ist. — Die englische Firma Mather u. Platt reduzierte 1888 für ihre 1200 Arbeiter die Arbeitszeit von 53 Stunden auf 48 pro Woche. Nach einjährigem Versuch wurden die Resultate sorgfältig geprüft und mit dem Durchschnitt der vorhergehenden 6 Jahre verglichen und man fand, so berichtete Mather selbst, daß die Leute in der kürzeren Zeit mehr produziert hatten, als vorher in der längeren. Die geleistete Arbeit war von gleicher Qualität. Eine merkbare Ersparnis wurde an Gas und elek-

trischem Licht, Abnutzung der Maschinen und Geräte, Feuerung, Schmiermittel usw. gemacht. Selbst für die festen Belastungen, Bezahlung der mit festem Gehalt angestellten Leute, die nun fünf Stunden pro Woche weniger arbeiten, schließt die Bilanz dieser Ausgaben unverkennbar zugunsten des Versuchsjahres ab. — Die Maschinen liefen nicht schneller, ausschließlich der unverminderten und frischen Energie jedes einzelnen Mannes während des ganzen Tages, schreibt der Inhaber das Verdienst zu. Wir scheinen in Uebereinstimmung mit einem Naturgesetz gearbeitet zu haben. Daneben wird noch erwähnt, daß die Versämnisse der Arbeiter fünfmal geringer waren gegen sonst.“

Man kann einwenden, diese Gutachten seien alt, aber sie sind nach der Durchführung einer Arbeitszeitverkürzung von einer Stunde erstattet und gleich im ersten Jahr. Sollte wirklich jemand annehmen, daß eine Arbeitszeitverkürzung im Hamburger Hafen eine andere Wirkung haben könnte? Der Widerstand der Unternehmer ist bedauerlich, aber verständlich; jedem Kapitalisten ist der Spatz in der Hand lieber, als die Taube auf dem Dache. Wer mag für die Zukunft sorgen? — Aristoteles, der griechische Weise, schrieb vor 2000 Jahren: „Wenn jedes Werkzeug auf Geheiß... das ihm zukommende Werk verrichten könnte, wenn die Weberstühle von selbst webten, so brauchte der Werkmeister weder die Gehilfen, noch der Herr die Sklaven.“ Heute sind die Voraussetzungen des großen Denkers erfüllt, die Weberstühle weben von selbst, das Werkzeug verrichtet auf Geheiß des Menschen das ihm auftragene Werk, ein Fingerdruck, eine Handbewegung genügt, um ein Wunderwerk von Maschine in Gang zu setzen. Der Mensch hat die Naturgewalt in wunderbarer Weise in seinen Dienst gestellt, er reißt und arbeitet mit dem Dampf, zeichnet mit der Sonne, spricht und schreibt mit dem Blitz — aber das goldene Zeitalter läßt sich immer auf sich warten. Die arbeits- und arbeiterparende Maschine, die in einem Bruchteil der Zeit das Vielfache von dem leistet, was ein Handarbeiter bewältigen kann, hat die Arbeitszeit in vielen Fällen noch verlängert, ganz selten verkürzt.

Auch im Hamburger Hafen wenig oder gar nicht. Und doch ist sie hier dringend geboten und vor allem auch möglich. Die Maschine ist am Hamburger Hafen nicht vorübergegangen. Von welcher einschneidenden Wirkung Dampf und Elektrizität auf die Arbeitsverhältnisse der Hafenarbeiter gewesen sind, geht klar aus der an dieser Stelle schon mehrfach zitierten Fiktion des Jahresberichts des Hafenbetriebsvereins hervor, wonach sich die im Hamburger Hafen verkehrende Tonnage zwar um 150 pct. gehoben hat, die Zahl der Schauerleute aber dieselbe geblieben ist. Wehntes steht es mit den anderen Branchen, die Getreidearbeiter gehören sogar halb zu den hamburgischen Lebenswürdigkeiten. Siebzehnteifere Konkurrenz haben die Hände dieser Leute fast überflüssig gemacht. Die Maschine hat im Hamburger Hafen Wunderwerke verrichtet — und sie sollte versagen, wenn die Arbeiter eine Stunde mehr der Erholung, der Familie, ihrer geistigen Entwicklung widmen wollen? Das glaube — wer daran „interessiert“ ist!

Die Arbeitszeit des Hafenarbeiters beträgt offiziell (in den meisten Fällen) 10 Stunden. Er geht morgens um fünf Uhr aus dem Hause und begibt sich zum Hafen — wobei er die ganze Stadt durchwandern muß, weil die Grund- und Bodenwucherer ihn aus der Stadt in die Vororte verbannt, nicht selten auch ins „Ausland“, nach Breiten. Die riesigen Entfernungen im Hafen, die noch beständig wachsen, machen es ihm meistens unmöglich, das Mittagessen in dem Kreis der Familie einzunehmen. Abends um 7 Uhr kommt er wieder ins Haus, muß er nacharbeiten, so kommt er um 10 Uhr — die er abends schlafen wieder, er sieht seine Kinder nur schlafend, sie ihn gar nicht. Wer wird da nicht an das blutige Wort des Kindes erinnert, das seine Mutter fragt, wer denn der fremde Mann sei, der Sonntags — manchmal — bei ihnen sei. Nicht durch die Arbeitszeit, aber durch die Arbeitsverhältnisse ist der Hafenarbeiter faktisch nicht 10, sondern 14 Stunden angepannt. Nachdem feststeht, daß das Arbeitsprodukt durch die Arbeitszeitverkürzung keine Einbuße erfährt, sollte der Hafenbetriebsverein da wirklich hinter der Presse stehen, die da behauptet, die Unternehmer wollten keine Verkürzung der Arbeitszeit gewähren?

Das englische Arbeitsgesetz vom Jahre 1496 (vierzehnhundert—96) setzte die Dauer des Arbeitstages für Handwerker (und Ackerbauarbeiter) im Sommer auf 14 bis 15 Stunden fest, von 5 Uhr morgens bis zwischen 7 und 8 Uhr abends. Von dieser Anzahl sollten 3 Stunden täglich für Mahlzeiten abgehen, so daß 11 bis 12 Stunden tatsächlicher Arbeit blieben. Im Winter sollte das Tagewerk auch um 5 Uhr morgens beginnen und mit denselben Mahlzeitpausen wie im Sommer bis zur einbrechenden Dunkelheit dauern. Dies Gesetz und auch das von 1562 das nur die Pausen änderte, sollte die herrschende Arbeitszeit verlängern. Daraus erhellt schon, daß die Verhältnisse in Wirklichkeit noch günstiger für die Arbeiter waren, William Pethy sagte in der Political Anatomy of Ireland, 1872: „Arbeiter arbeiten zehn Stunden.“ (Robert Boehringer.) Sollte es nicht Zeit werden, daß wir die Staubficht, unter der wir (und die „deutschen Ideale“)

Rechtes ohne Drangsal und Not — das ist eure Maxime. Und ihr habt Recht. Zum Kämpfen, zum Siegen und Ueberwinden sind wir geschaffen. Wir sollen das Uebel nicht fürchten und uns nicht scheuen vor dem Bösen. Wir sollen mutig der Unbill die Stirne bieten, tapfer dem Tod entgegengehen, ohne Wimperzucken die Stöße alle auszuhalten, die des Lebens Willkür uns zufügt. Ihr habt recht. Aber warum wird dieses Recht sofort zum bittersten Unrecht, warum wandelt sich diese Wahrheit alsobald in höllische Lüge, wenn eure Privilegien, Stellungen, Vorzüge, wenn euer — Geld in Gefahr kommt? Warum entzündet euch der Wellenschlag der Ereignisse, so lange er die unzähligen Schifflein der dahintreibenden Armen verschlingt, weshalb schreit ihr erst dann um Hilfe, wenn er an eurem eigenen Glück emporzüngelt?

Ich will euch etwas sagen: Der Mammon hat euer Herz verblendet, euren Verstand unnachtet, eure Kraft gebrochen. Der Mammon hat euch Recht und Gerechtigkeit, Wahrheit und Liebe aus dem Herzen genommen und ihm seine eigene Moral eingepflanzt. Es gibt eine besondere Mammonswahrheit, ein Mammonrecht, eine Mammonsfittlichkeit, eine Mammonsfreudigkeit. Der Mammon stellt seine zehn Gebote auf, so gut wie Gott. Die habt ihr alle beherzigt. Oder habt ihr noch nie gehört: Du sollst keine anderen Götter, keinen lebendigen Gott neben mir haben, du sollst dir keine unnützen Bilder, Gedanken und Bedenken machen; du sollst nicht verehren, was im Himmel und auf Erden ist. Denn ich, der Mammon, bin ein starker Gott, der seine Mißachtung rächt an Kind und Kindeskind und seine Anbetung mit Wohlthaten und Reichthum vergilt. Du sollst nicht verächtlich vom Mammon reden, denn er läßt keinen ungestraft, der das tut. Du sollst sechs Tage des Mammons Geschäfte verrichten und am siebenten an ihn denken. Du sollst den Mammon ehren, auf daß du lange lebest und es dir wohlgehe bei den Wertpapieren, die er dir gibt. Du sollst keinen Groschen durchbringen. Du sollst die Ehe mit dem Mammon nicht brechen. Du sollst stehlen, so viel du kannst. Du sollst falsche Zeugnisse reden und falsche Praktiken gegen deiner Nächsten anwenden; denn das ist dem Mammon gefällig. Du sollst keines andern Gutes begehren, als des Geldes...

Die Sozialdemokraten allein haben erkannt, daß der Gott dieser Welt, der Mammon, fällt und muß.

Aber er fällt allein durch die Tat. Und wenn er fällt, dann gibt es neue Zustände. Das ist ihr großes Wissen, welches sie für alle Unbill entschädigt, die eine erschrockene und immer mehr sich verbblendende Gesellschaft auf sie häuft.

Müssen sie nicht sagen, daß die Unterschiede zwischen den Menschen aufzuheben haben? Stammen diese nicht aus der Herrschaft des Mammons?

Müssen sie nicht fordern, daß die Menschheit eine große Einheit bilde, wenn es der Mammon ist, der sie in tausend Splinter zerspalte?

Müssen sie nicht verlangen, daß die Schranken der Nationen dahinsinken, da es doch eine zugestandene Wahrheit ist, daß Reichthum, Mammon die Kraft der Nation ausmacht?

Müssen sie nicht weisagen von einem neuen Zeitalter, wenn die bisherigen lediglich ein Gebilde des Mammons sind?

Und müssen sie nicht als Schwärmer, Phantasten, Fanatiker verlacht und verachtet werden, wenn doch diese Verachtung nichts anderes ist als die Hochachtung, die ein morsches Geschlecht dem Mammon spendet?

Ist es nicht so, daß sie lauter „Unmöglichkeiten“ postulieren müssen, so lange die „Möglichkeiten“ und „Ausführbarkeiten“ alle den Wüchling vor der Wildfäule des Mammons bedeuten?

Unpraktisch, unüberlegt, unmöglich nennt man ihre Forderungen. Warum? — Weil man den Mammon nicht beleidigen mag.

Loren und Marren heißen sie — wohlant: töricht und närrisch ist auch das Göttliche von jeher auf der Welt gewesen. Man könnte ihnen keinen schöneren Ehrenkittel anstellen als den, welchen die göttliche Wahrheit trägt. Gott waltet in ihnen — und gerade im Namen Gottes bekämpft sie die Kirche!

Wer wer hat besser als sie das Wort des Herrn verstanden: „So wahr ich lebe, die ganze Welt soll meiner Herrlichkeit voll werden.“

Groß, wahr, notwendig ist, im Rechte des lebendigen Gottes beirachtet, was sie eritreben, erkämpfen!

Ja, es ist so: Gottes Verheißungen erfüllen sich in den Sozialdemokraten:

Sie müssen.

schlafen, weglassen? Wir schreiben doch nicht mehr 1496 oder 1672, wir leben doch im Zeitalter der Kultur. ... „Und wie wird's dann so herrlich weit gebracht.“ Lord Ashley, später Graf Shaftesbury, der unermüdete Kämpfer für die Zehnstundenbill, schloß 1844 eine Rede mit den Worten: „Wir bitten um eine mäßige Erleichterung der Mühsal, um eine Zeit zu leben und eine Zeit zu sterben *); eine Zeit für jene Genüsse, die das Leben versüßen und eine Zeit für jene Pflichten, die es verschönern.“

Weiter gehen unsere Wünsche auch nicht. Uebrigens — wir haben solche Anträge auch an die Gesetzgebung gerichtet und haben es die Hamburger Hafenbetriebsunternehmer in der Hand, den gesetzgeberischen Maßnahmen durch Anerkennung unserer Wünsche zuzuvorkommen.

Wirtschaftliche Rundschau.

Einer der schwersten Vorwürfe, der immer wieder gegen die Sozialdemokratie erhoben wird, ist, daß sie das Eigentum abschaffen will. Daran aber, so behaupten die Gegner, wird der Sozialismus scheitern; denn wer wird dann die Produktion leiten können, wer wird Betriebsleiter sein wollen, wenn die Besitzer expropriert, d. h. enteignet sind? „Alle Tieferschauenden“, sagt dagegen Professor Lönnies in seiner „Entwicklung der sozialen Frage“, erkennen längst, daß die Gründe für den Sozialismus durch Kartelle und Trusts mächtig verstärkt, die Gründe gegen ihn sämtlich durch ihre Wirklichkeit widerlegt worden sind. ... Das sozialistische Bewußtsein darf vielleicht auf seine Fahne schreiben: In diesem Reichen werde ich siegen.“ Lönnies sagt also, daß der Sozialismus in uns bereits in den Kartellen und Trusts vorhanden ist, und daß diese wirtschaftlichen Organisationen von der Sozialdemokratie nur ausgebaut zu werden brauchen. Ein Trust oder Kartell erweitert beständig seinen Wirkungskreis „auf Kosten der Einzelunternehmer und beschränkt die letzteren immer mehr in ihrer Selbständigkeit.“

Lange zuvor, ehe ein sozialistischer Zukunftsstaat daran denken kann, sie zu expropriieren, müssen es die Unternehmer erleben, wie das Kartell sie ohne Verletzung der heutigen Wirtschaftsordnung auch den wichtigsten der volkswirtschaftlichen Funktionen, die ihnen anfänglich zu selbständiger Versorgung überlassen waren, einsetzt und verdrängt und sie oft nur noch als technische Betriebsleiter beläßt, oder als eine Art von Kartellbeamten beschäftigt. Insofern läßt sich ein gewisser sozialistischer Zug bei den Kartellen nicht leugnen. Sie sind sozialistische Organisationen zu nichtsozialistischen Zwecken.“ (Prof. Wöhle in „Die Entwicklung des deutschen Wirtschaftslebens im 19. Jahrhundert.“)

Selten ist das Wort von der oben angedeuteten Wirksamkeit eines Trusts treffender illustriert, als durch die bekannten Vorgänge in der Elektrizitätsindustrie. Der „unoffizielle“ Trust Siemens-Halske-Schudert „legt“ der Einzelunternehmer Bergmann; Bergmann war der letzte Stein des Anstoßes auf dem Wege zum Elektrizitätsmonopol. Bisher wurde sein Werk gehalten durch die Gunst der Deutschen Bank, das stärkste Bankinstitut Deutschlands. Als jedoch der Bank auf der anderen Seite größere Gewinne zu blühen schienen, sperrte sie Bergmann die Goldzufuhr ab. Die Folge war die „Anlehnung“ Bergmanns an seine größeren Konkurrenten. Wie ein Hohn nimmt sich eine Notiz aus, daß Siemens u. Halske und Siemens-Schudert nicht an Verdrängung denken, — nachdem sie in der Praxis soweit sind, daß sie die Preise diktiert können. Bergmann fiel nicht, weil seine Konkurrenten oder die Bankdirektoren klüger waren als er — im Gegenteil wird er allseitig als ein Mann von seltener Tatkraft geschildert, während die klugen Bankleiter Millionen in unrentable Geschäfte gesteckt haben. Wie sehr die Lobpreisungen der „starken Persönlichkeiten“ im kapitalistischen Zeitalter fehl am Orte sind, zeigt eben die Niederdrückung der Persönlichkeit Bergmann unter den runden und schweren Geldsack.

Was diesem Vorgang noch besondere Würze verleiht, ist die Tatsache, daß die Regierung den Trustbestrebungen der Elektrizitätsgewaltigen mit verhängten Armen zuliebt. Freilich mit der Macht der Banken ist nicht zu spaßen, und wenn man die Neuerungen des Staatssekretärs Dr. Delbrück, die dieser am 4. März im Reichstag machte, aller schönrednerischen Bemäntelung entkleidet, so hat er gesprochen wie ein — Syndikatsmann. — Ueber die Macht der Banken geben die Jahresabschlüsse Aufklärung. Trotz mancher wenig erfolgreicher Beteiligungen, vermochte die Deutsche Bank wieder die gleiche Dividende wie im Vorjahre, 12,5 pCt., zu verteilen. Ein Bild von der gewaltigen Ausdehnung dieses Bankkonzerns gibt die nachstehende Zusammenstellung des Aktienkapitals, der Dividende und der Umsätze:

	1870	1880	1890	1900	1910
Aktienkapital in Millionen Mt.	15,00	45,00	75,00	150,00	200,00
Dividende in pCt.	5,0	10,0	10,0	11,0	12,5
Umsätze in Milliarden Mt.	0,24	10,48	24,60	49,77	112,10

Mit der zunehmenden Expansion hat sich auch die Rentabilität des investierten Aktienkapitals bedeutend gehoben. Die Entwicklung der Geschäftsergebnisse bei den übrigen Großbanken seit dem Hochkonjunkturjahre 1907 ergibt sich aus folgender Zusammenstellung:

*) Wer die Vorgänge kennt, die sich manchmal bei Unfällen in den Hafengebieten abspielen, der wird begreifen, warum wir uns auch diesen „Wunsch“ zu eigen machen.

	Aktienkapital in Millionen Mt.		Dividende in pCt.	
	1907	1911	1907	1911
Dresdener Bank	180	200	7,0	8,5
Disconto-Gesellschaft	170	170	9,0	10,0
M. Schaaff. Bankverein	145	145	7,0	7,5
Darmstädter Bank	154	160	6,0	6,5
Berl. Handelsgesellschaft	100	110	9,5	9,5

Die hier mitgeteilten Ziffern geben aber nur ein unfermes Bild von der Wirksamkeit der Banken. Es gibt überhaupt fast kaum ein Industrieunternehmen oder sonstiges großes Unternehmen, woran die Banken nicht in dieser oder jener Form interessiert wären, oder auf das sie keinen Einfluß hätten. — In der oben erwähnten Rede Delbrücks gab er auch bemerkenswerte Erklärungen über die allgemeine wirtschaftliche Lage, unsere Bank- und Geldwirtschaft sowie im besonderen auch über die neuesten Maßnahmen der Reichsbank ab, dabei zu dem Resultate kommend, daß „das Gesamtbild unserer wirtschaftlichen Entwicklung ein glänzendes“ ist, und daß man auch bezüglich der Frage der Liquidität der Banken „der Entwicklung der Dinge mit Ruhe entgegensehen“ könne. — Auf dem gleichen Ton der Zuversicht waren die Aeußerungen der Männer gestimmt, die an der Spitze unserer großen Schiffahrtsgesellschaften stehen. In verklärter Form gab Vallin zu verstehen, daß die wirtschaftliche Lage noch nie so glänzend war, wie gegenwärtig; und Heineken vom Norddeutschen Lloyd erklärte, daß die Ergebnisse vom 1. Quartal des laufenden Jahres das glänzende Ergebnis der gleichen Zeit im Vorjahr, in Schatten stelle. Mehrfach haben sich englische Meedereien geäußert. — Daß auch die schlechter gestellten Verkehrsgesellschaften, die Konkurrenzunternehmen, die die Durchschnittsprofiteure brüchen, im letzten Jahr besser standen, beweist die allgemeine Rentabilität der Verkehrsgesellschaften, wie aus folgender Aufstellung hervorgeht:

	Aktienkapital in 1000 Mt.		Dividende in pCt.	
	1907	1911	1907	1911
Zahl der Ges.	335	1 336 859	91 529	6,8
	349	1 488 836	77 424	5,2
	400	1 488 263	48 456	3,3
	399	1 526 306	64 013	4,2
	427	1 608 323	80 694	5,0

Das Publikationsjahr 1911 brachte die Geschäftsergebnisse der einzelnen Gruppen des Verkehrsgewerbes für das Geschäftsjahr 1910. Folgende Tabelle zeigt die für die einzelnen Zweige in Betracht kommenden Angaben:

	Ges.	Aktienkapital in 1000 Mt.	Dividende in pCt.		
		1909/10	1910/11	1909/10	1910/11
Eisenbahnen	98	444 941	452 870	3,8	4,1
Kleinbahnen	111	215 755	220 229	1,9	2,3
Straßenbahnen	59	348 385	356 935	6,6	6,8
Expeditions- und Schiffahrtsgesellsch.	109	489 618	489 442	3,7	5,5
Speicher- und Transportges. sonst.	38	37,82	38,53	3,7	5,5
	11	50,11	50,31	4,6	6,5

Der Reingewinnüberschuß ist im Geschäftsjahr 1910/11 um 87 493 590 Mt. auf 108 973 003 Mt. gestiegen. In Prozent berechnet ist der Reingewinnüberschuß aller Verkehrsgesellschaften von 5,41 pCt. auf 6,62 pCt. gestiegen. —

Lange Zeit wurde der wirtschaftliche Aufschwung gedämpft durch die wenig geklärte Lage in Amerika. Vor kurzem wurde gemeldet, daß auch dort die Wirtschaftslage sich bedeutend gebessert hätte, das Frühlingsgeschäft sei vorzüglich. Es herrscht durchwegs die Ueberzeugung, daß es nutzlos wäre, den Käufern zu raten, weiteres noch abzuwarten, da der Zeitpunkt der Preise erreicht sei. Die sämtlichen Berichte sind einigend worden, um die Ausdehnung des Kredits danach bemessen zu können, so daß sie nicht etwa als optimistische Stimmungsmache aufzufassen sind, um so mehr, als sie durchwegs von erstklassigen Häusern erstattet wurden. —

Der prächtige Aufschwung kommt auch im Ergebnis des Außenhandels zum Ausdruck. Der Wert des deutschen Spezialhandels im reinen Warenverkehr belief sich im Februar d. J. auf 822,5 Millionen Mt. in der Einfuhr und auf 698,9 Millionen Mt. in der Ausfuhr, im abgelaufenen Jahreszeit auf 1645,8 Millionen Mt. in der Einfuhr gegen 1468,5 Millionen Mt. und in der Ausfuhr auf 1314,5 Millionen Mt. gegen 1246,8 Millionen Mt. im Vorjahre. Es vergleicht sich somit (in Millionen Mt.):

	Februar		Januar und Februar	
	1912	1911	1912	1911
Ausfuhr	698,9	647,8	1314,5	1246,6
Einfuhr	822,5	709,2	1645,8	1468,5

Außerdem erreichte die Einfuhr von Gold und Silber im Februar d. J. einen Wert von 15,9 Millionen Mt., im abgelaufenen Jahreszeit einen solchen von 30,6 gegen 41,9 Millionen Mt. im Vorjahre; die gleichzeitige Ausfuhr von Gold und Silber zeigt Werte von 14,7 und 27,5 gegen 10,2 Millionen Mt. im Vorjahre.

Die Hauptziffern des englischen Außenhandels stellen sich vergleichsweise wie folgt:

	Februar geg. Febr. 1911		Jan.-Febr. geg. Jan.-Febr. 1911	
	1912	1911	1912	1911
	Strl.	Strl.	Strl.	Strl.

Waren-Einfuhr	59719722	+3648463	126722304	+7957624
Ausfuhr				
englischer Waren	37490329	+1837209	77907141	+4528190
Ausfuhr fremder u. kol. Waren	10724619	+730463	20319245	+1683617
Gesamt-Waren-Ausfuhr	48214948	+2567672	98226386	+6206807

Der englische Bergarbeiterstreik hat auf das Februargeschäft noch keine eindämmende Wirkung gehabt. Im Gegenteil, um sich mit Kohlen zu versorgen, hat das Ausland, nach dem Bericht der „Vossischen Zeitung“, im Februar 700 000 Tonnen mehr Kohlen von England bezogen, während andererseits die Einfuhr von Lebensmitteln stark zunahm. Die Bergarbeiterstreiks scheinen uns bewiesen zu haben, daß die wirtschaftliche Macht der Bergarbeiter nicht so groß ist, wie immer angenommen wurde. Jedenfalls hängt alles von der Größe der vorhandenen Vorräte ab. Zweifellos hat der englische Transportarbeiterstreik einschneidender gewirkt.

Für den deutschen Binnenhandel sind folgende Ziffern von Interesse:

Die Verkehrsleistungen deutscher Eisenbahnen beliefen sich im Februar 1912 nach der im Reichsstatistikamt aufgestellten Uebersicht auf 108 176 689 Mt. Davon entfallen auf den Personenverkehr im ganzen 50 914 278 Mt., während der Güterverkehr mit 157 262 411 Mt. eine stattliche Höhe erreicht hat. Gegen das Vorjahr wurden für den Personenverkehr im ganzen 4 626 959 Mt. mehr vereinahmt. Der Güterverkehr hatte ein Plus von 20 080 560 Mt. aufzuweisen. Die folgende Tabelle zeigt die Bewegung der Verkehrsleistungen in den letzten fünf Jahren für den Personen- und Güterverkehr auf 1 Kilometer in Markt:

	Februar	1908	1909	1910	1911	1912
Personenverkehr		830	807	897	908	986
Güterverkehr		2536	2343	2459	2629	2974

Die Zunahme des Güterverkehrs ist wohl aus der allgemeinen günstigen Lage der Konjunktur erklärlich. Andererseits haben infolge der Streikbeeinträchtigungen im Februar bei den einzelnen Großbetrieben nicht unerhebliche Eindeckungen ihrer Kohlenvorräte stattgefunden. Hierzu kommt noch der Stillstand der Schiffahrt in den kalten Tagen des Monats und die dadurch bedingte größere Inanspruchnahme der Eisenbahn. Nach Prozenten berechnet kamen im Februar für den Güterverkehr auf 1 Kilometer eine Mehrerhöhung von 13,12 pCt. Auch gegen den Vormonat bringt der Güterverkehr im Februar eine Zunahme von 2827 auf 2974 Mt. pro Kilometer.

Wo alles sich nach oben entwickelt, dürfen natürlich die Lebensmittelpreise nicht fehlen. Zu der Gemüse- und Getreideernteung tritt jetzt noch die Steigerung der Fleischpreise. Dadurch haben die Kosten des Nahrungsmittelverbrauches im Monat Februar 1912 wieder eine ganz beachtenswerte Zunahme erfahren, die um so mehr ins Gewicht fällt, als sich schon seit Januar 1911 eine fast ununterbrochene Steigerung nachweisen läßt. Berechnet man nach den in 190 Städten Deutschlands vorgenommenen Erhebungen über den Stand der Preise für die wichtigsten Lebens- und Genussmittel den wöchentlichen Nahrungsmittelverbrauch für eine vierköpfige Familie, Eltern und zwei Kinder, in der Weise, daß man die dreifache Verpflegungsration des deutschen Marinesoldaten zugrunde legt, so erhält man im Reichsbuchschnitt folgende Indexziffern: Januar 1911: 23,50 Mt.; Februar 1911: 23,61 Mt.; Januar 1912: 24,69 Mt.; Februar 1912: 24,83 Mt.

Die Erhöhung der Lebensmittelpreise ist für den Arbeiterhaushalt von einschneidender Schärfe. Um so auffälliger ist, wenn prominente Herrschaften gegen Lohnforderungen der Arbeiterschaft wüthen, wie ein gewisses Tier gegen ein rotes Tuch. Da hat sich z. B. der Inhaber der Schichau-Werft zu einem Mitteil geäußert gegen die Gewerkschaften und ähnlich äußert sich der Geschäftsbericht der Dresdener Bank. Hier wird der Satz aufgestellt, daß „im Gefolge der Lohn-erhöhungen und der gesteigerten sozialen Fürsorge in zahlreichen Industriezweigen eine Verringerung der Arbeitsleistungen der Arbeiter nachgewiesen ist.“ — Wo, sagt der Bericht nicht, der Nachweis dürfte auch schwer zu führen sein. Andererseits konstatieren wir mit Genugtuung, daß die Unternehmer im Hamburger Hafen die Notlage der Arbeiter anerkennen.

Die agrarische Presse läßt wieder Gelüste nach indirekten Steuern offenbar werden. Damit gewinnt die Lebensmittelverteuerungspolitik erneuerte und gesteigerte Aufmerksamkeit. Da kommt gerade passend eine Zusammenstellung über die Entwicklung der Watsonsche in den letzten 20 Jahren, die das Reichstatistische Amt in den Vierteljahrshesften zur Statistik des Deutschen Reiches — 1. Heft 1912 — veröffentlicht. Die Preiskurve zeigt für die verschiedenen Waren keine ganz ungehörte Parallelbewegung, auch keinen ununterbrochenen Aufstieg, aber eine unmerkliche Tendenz dazu und besonders in den letzten Jahren ein starkes Hinansteigen. Das gilt speziell für eine Reihe wichtiger Nahrungsmittel. Zufällige und nicht dauernde Beeinflussungsfaktoren lassen den Preis einer Ware manchmal in einem Jahre sehr erheblich aus der Kurve heraustreten. Eine große Rolle dabei spielt natürlich immer die Ernte. Dergleichen die Preishöhe vorübergehend bestimmende Faktoren müssen ausgeschaltet werden, will man ein einwandfreies Bild der Entwicklung gewinnen. In der folgenden Uebersicht stellen wir daher die nach den amtlichen Angaben ermittelten Durchschnittspreise wichtiger Waren nach fünfjährigen Perioden zusammen. Die letzte Zahlenreihe gibt die Differenz zwischen der ersten und letzten Periode in pCt. an. Es kostete, immer die gleiche Quantität, Mt.:

Die Preissteigerung in dem letzten Jahrfünft springt klar in die Augen. Sie ist vorwiegend die Folge der im Jahre 1906 wirksam gewordenen höheren Rölle und der Steuererhöhungen, mit denen uns die Reichsfinanzreform des Schnapsbodes beglückte. Die Tabelle läßt deutlich erkennen, wie die Verteuerungspolitik der Preiskurve einen scharfen Knick nach aufwärts gibt. Diese Politik erschwert naturgemäß die Lebensführung der Arbeiter in ganz eminent

ter Weise; trotzdem wollen gerade die Verteuerungspolitiker den Arbeitern verwehren, durch Lohnsteigerungen die Lebensmittelverteuerung wieder auszugleichen.

Table with 5 columns: Item, 1902/06, 1907/01, 1909/08, 1907/11, Prozent Differenz. Items include Tonnen, Weizen, Hafer, Mais, Gerste, Spelskartoffeln, Rindfleisch, Schweinefleisch, Kalbfleisch, Hammelfleisch, Roggenmehl, Weizenmehl, Butter, Rüböl, Gerlinge, 150 Kilogr., Reis, Schmalz, Koffabak.

Bergmann Elektrizitätswerke.

Laut und deutlich verkündete uns in letzter Zeit die Presse, daß das Bergmannsche Unternehmen Aufschuß und Halt bei einem größeren Konkurrenten suchen muß. Uns kann es gleichgültig sein, ob der Name unseres Ausbeutens so oder so klingen mag.

gleich niedrige Lohnsätze. Nirgends fanden wir jedoch auch solche Laune unter den Kollegen, als gerade hier. Daß auch höhere Löhne bei Einstellungen gezahlt worden sind, wollen wir gern feststellen. Damit ist bewiesen, daß auch von einigen Vorgesetzten die EinstellungsLöhne als unzureichend betrachtet werden; oder aber, es herrscht Bevorzugung und Begünstigung einzelner.

Krankenkassenverbände und Leipziger Ärzteverband.

Von den großen Krankenkassenhauptverbänden werden wir um Veröffentlichung der folgenden Erklärung gebeten: Der Leipziger Ärzteverband verbreitet in der Öffentlichkeit die Mitteilung, daß die Krankenkassen den Kampf gegen die Ärzte im stillen vorbereiten.

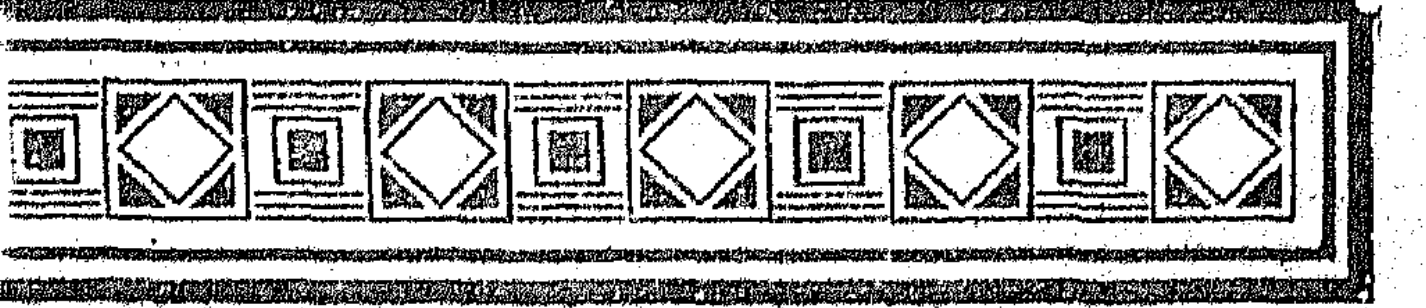
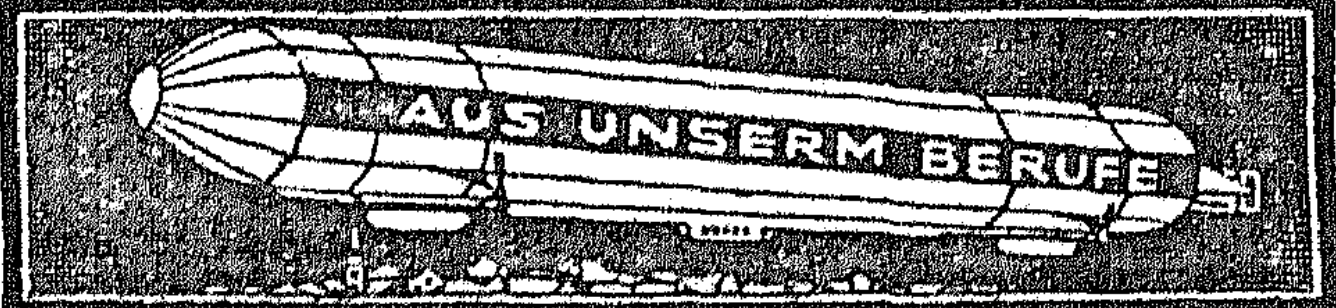
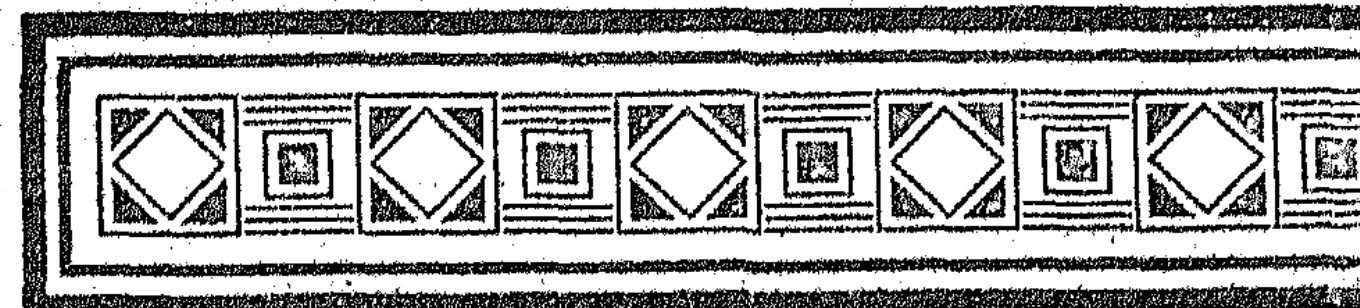
Diese Behauptung ist wahrheitswidrig und irreführend. Die Krankenkassen wünschen nichts schlichter, als mit den Ärzten in Frieden zu leben, um ungestört die ihnen vom Gesetzgeber zugewiesenen bedeutsamen Aufgaben zu erfüllen.

Die unterzeichneten Verbände stellen aber fest, daß der Leipziger Verband seinerseits unmittelbar nach Verabschiedung der Reichsversicherungsordnung den Entschluß angelündigt hat, seine bekannten Forderungen bei den Krankenkassen mit den Mitteln der Selbsthilfe durchzusetzen.

Trotz ihrer Bereitwilligkeit, allen berechtigten Wünschen der Ärzte entgegenzukommen, sind die Krankenkassen in Wahrung der ihnen anvertrauten öffentlichen Interessen nicht in der Lage, die maßlosen Forderungen der im Leipziger Verbände vereinigten Ärzte zu erfüllen.

Als Träger der öffentlich-rechtlichen, im Interesse der allgemeinen Wohlfahrt geschaffenen Krankenversicherung erwarten die Krankenkassen von den gesetzgebenden Stellen und von den Behörden, daß sie vor den Bedrohungen und Bedrückungen des Leipziger Verbandes ausreichend geschützt werden, und daß ihnen unter allen Umständen die Möglichkeit sichergestellt wird, die ihnen für einen großen Teil des deutschen Volkes übertragene Fürsorge in Krankheitsfällen ordnungsmäßig durchzuführen.

- Hauptverband deutscher Ortskrankenkassen, Dresden.
Hauptverband deutscher Betriebskrankenkassen, Essen.
Allgemeiner deutscher Knappschaftsverband, Berlin.
Verband deutscher Innungs- und Gewerkschaftskrankenkassen, Hannover.
Zentrale für das deutsche Krankenkassenwesen, Berlin.



Wir berichteten im 'Courier' Nr. 7 vom 12. 2. 1911 von einem großen Automobilunfall bei Baumschulenweg. Wir schlossen den Bericht mit folgenden Zeilen:

Die Grundschild an dem Unfall trägt zweifellos der Kaufmann Grünthal selbst. Er, der auf den Rennplätzen das Geld nur so fliegen läßt, knaupert außserhalb bei der Entlohnung seiner Chauffeure und bekommt infolgedessen nur minderwertige Kräfte. Die Chauffeure erhielten einen Monatslohn von 60.- M. und mußten sich dafür noch das Logis selber halten.

Um es gleich vorweg zu nehmen: Wieviel Geldkosten der noble Herr gehabt hat, entzieht sich unserer Kenntnis, aber das wissen wir: ins Gefängnis muß der Chauffeur — Herr Grünthal geht frei aus, obgleich obige Darlegung beweist, daß er nicht die erforderliche Sorgfalt anwendete bei dem Engagement eines Chauffeurs.

Der Anklage lag folgender Tatbestand zugrunde: Das von dem Chauffeur Sch. gesteuerte Automobil fuhr am 22. Januar die Neue Prugallee bei Treptow entlang und soll dabei eine Geschwindigkeit von höchstens 45 Kilometer eingeschlagen haben.

wider Erwarten in die Baumschulenstraße einbog. Der Chauffeur wußte nicht, daß die Wagen nicht mehr geradeaus führen. Es war an jenem Tage feucht schlüpfrig auf der Chaussee, wodurch die Schienen, die in die Baumschulenstraße führen nicht sichtbar waren.

Die Feststellung der Schuldfrage erforderte eine umfangreiche Beweisaufnahme. Die Angeklagten erklärten, sie hätten nicht annehmen können, daß die Straßenbahnschienen plötzlich nach rechts einbogen; wenn der Fahrer des Straßenbahnwagens ein Warnungszeichen gegeben hätte, würde das Unglück vermieden worden sein.

Das Urteil ist nicht nur außerordentlich hart, sondern auch direkt unverständlich. Das Gericht sagt, der Angeklagte mußte verurteilt werden, weil jene Stelle sehr gefährlich sei und er übermäßig schnell gefahren sei. Das bedarf einer Korrektur.

geradeaus laufende Schiene infolge einer leichten Steigerung der Chaussee sichtbar ist, während die rechts einführende unsichtbar bleibt, besonders wenn Schmutzweiger ist. Aber das kommt für die Beurteilung dieses Falles gar nicht in Betracht. Was macht eine Sache gefährlich? Eben das, daß man nicht unterrichtet ist von der Art der Gefährlichkeit oder aber von der Gefährlichkeit der Sache.

keine Sprünge auf eigene Faust unternimmt. Aber wieviele solcher vernünftigen Straßenbahnangestellten gibt es denn? Die Sachverständigen waren darin einig, daß eine schwere Unterlassungssünde der Straßenbahner vorliegt, die nicht durch den Hinweis auf eine gewisse Unmöglichkeit in der Dienstinstruktion entschuldigt werden könne.

In Straßenbahnersachen sind die Herren augenscheinlich keine Sachverständige, sonst müßten sie wissen, daß für einen richtig gehenden Straßenbahner, wie ihn die Direktion haben will, die Dienstinstruktion Bibel und Gebetbuch zugleich ist. Nichtig gehende Straßenbahner sind solche, die von der Direktion eingestellt werden, unbekümmert darum, ob sie besonders oder gar nicht tüchtig sind: die Hauptsache ist, daß sie dem Deutschen Transportarbeiterverband nicht angehören. Und wenn sich jeden Tag zehn Unfälle ereignen, die den Automobilenfall in Baumtschulenweg als Kinderspiel erscheinen lassen, so wird die Straßenbahndirektion nach wie vor das Rezept befolgen, das den Herrn Grünthal in Konkurs brachte: wer am wenigsten fordert, wird eingestellt. Und wer im Verdacht steht, daß er sich mit Hilfe der Organisation bessere Lebensbedingungen erkämpfen will, der fliegt. — Wir wollen damit keineswegs die am Unfall beteiligten Straßenbahner treffen, wir sprechen nur allgemein.

Die Ursachen des Unfalls in Baumtschulenweg sind: 1. Die gefährliche Stelle war als solche nicht durch Warnungstafeln kenntlich gemacht worden. 2. Die Straßenbahnwagen haben noch keine Fahrplugsanzeiger, die dringend zu fordern sind. 3. Der Chauffeur wurde zu gering entlohnt.

Wenn das Berufsgericht den dritten Punkt für unerheblich halten sollte, dann wären einige Soziologen und Psychologen zu laden, die ein Sachverständigen-Urteil abzugeben hätten über den Einfluß einer zu geringen Entlohnung auf die Psyche des Arbeiters.

Zu den Strafverfügungen. Der Minister des Innern hat die für Automobilen sehr wichtige folgende Verfügung erlassen: Es sei darüber Bescheid gegeben, daß die polizeilichen Strafverfügungen wegen Uebertretung der Vorschriften über den Verkehr mit Kraftfahrzeugen den Beschuldigten oft erst mehrere Wochen nach dem Vorfall, der den Gegenstand des Strafverfahrens bildet, zugehen. Wenn auch diese Verzögerungen zum Teil in nötigen Ermittlungen ihren Grund hätten, so liege es doch sowohl im Interesse der Kraftwagenführer und -Eigner wie der Behörde, daß das Strafverfahrensverfahren nicht unnützlich ausgedehnt würde. Deshalb sollen künftig derartige Strafverfügungen mit größter Beschleunigung erledigt werden. Es sei darum, wenn der Schuldige bei Ausführung der Uebertretung seiner Persönlichkeit nach nicht festzustellen sei, oder wenn der die Uebertretung feststellende Polizeibeamte den Schuldigen nicht auf die erfolgende Strafverfügung aufmerksam gemacht habe, vor dem Erlass der Verfügung die Identität des Kraftwagenführers zu ermitteln, denn es genüge keineswegs, den Eigner des Kraftwagens festzustellen, mit dem die Uebertretung begangen wurde, und ihm die Strafverfügung zu senden, sondern es sei die Ermittlung des Wagenführers in allen Fällen, in denen nur dieser die Uebertretung begangen haben könne, notwendig. Sei die Strafbarkeit des Eigentümers oder des Führers nicht ganz einwandfrei nachzuweisen, so habe vor Erlass der Verfügung ihre verantwortliche Vernehmung zu erfolgen.



Göppingen. Was Einzeltätigkeit vermag, dafür liefert uns erneut die Ortsverwaltung Göppingen den Beweis. Lange hat es gedauert, bis der Verband festen Fuß gefaßt hat, doch jetzt können wir konstatieren, daß wir eine gut disziplinierte Kollegenschaft hinter uns haben. Die Göppinger Transportarbeiter sind zu gut 90 pCt. organisiert und es ist ihnen gelungen, in der ganzen Stadt nicht nur eine Verbesserung der Arbeitsverhältnisse, sondern auch bessere Wohnverhältnisse zur Durchführung zu bringen. Unsere Kollegen in Reutlingen, Schw. Gmünd, Heilbronn und den anderen württembergischen Städten mögen sich ein Beispiel an den Göppinger Kollegen nehmen und mit gleichem Eifer für den Ausbau der Organisation arbeiten, dann werden auch die Verhältnisse an ihrem Ort bessere. Am 1. April 1912 tritt ein Tarif in Kraft, der zwischen uns und der Brauerei abgeschlossen wurde und uns einige nennenswerte Vorteile brachte. Dies Resultat wurde nur durch die Einzeltätigkeit der Kollegen erreicht.



Danzig. Langsam fängt es nun an sich zu regen, in Berufsgruppen, unter denen es sehr schwer war, Eingang zu finden. So unter den Fensterputzern! Schließlich hatten aber auch diese Kollegen begriffen, daß sie der Ausbeutung eine Grenze ziehen mußten. Die Verhältnisse waren immer schlechter geworden und dem Einzelnen, der hiergegen opponierte, wurde es freigestellt, entweder zu gehen oder sich die Verschlechterung gefallen zu lassen. So bei der Glaserinnung in Danzig! Außer diesem In-

stitut bestehen noch drei oder vier solche Unternehmungen, welche aber belanglos sind, weil sie in Familienregie diese Arbeit annehmen, verrichten und den Verdienst teilen. Die Kollegen hatten nun bald begriffen, daß sie allein nichts ausrichten konnten, sie folgten dem Ruf der Organisation und waren bald bis auf den letzten Mann organisiert und in der Lage, an die Firma Forderungen zu stellen. Außer an die Glaserinnung wurden die Forderungen noch an eine andere Firma gestellt, welche zwei Mann beschäftigte und die Forderung sofort bewilligte. Anders die Glaserinnung. Der Geschäftsführer stellte sich erst hochbeinig. Von Verhandlung mit der Organisation wollte er gar nichts wissen; Zulagen konnte (wollte) sie auch nicht machen. Was die Firma aber konnte, war, daß sie jedem Kollegen einen Einschreibebrief sandte mit der Aufforderung, die kontraktliche Verpflichtung einzuhalten und zum Freitag, den 22. März 1912, die Arbeit aufzunehmen, widrigenfalls die Firma andere Schritte unternehmen würde. — Die Kollegen hatten ohne Kündigung die Arbeit am Montag vorher niedergelegt. Am 21. 3. 1912 begab sich der Gauleiter mit einer Kommission zu dem Geschäftsführer der Firma. Der Herr, der eben sein Mittagsschlafchen verrichtet hatte, glaubte, sein allergrößtes Geschick aufzuhaben zu müssen und trat so dem Gauleiter entgegen mit der Versicherung, daß er oder die Organisation nur Schuld hatten, daß die Leute unzufrieden waren. Er wollte von Verhandlungen nichts wissen. Natürlich sagte der Gauleiter diesem Herrn, daß die schlechten Verhältnisse die Leute zur Unzufriedenheit und in die Organisation getrieben haben, und wenn wir diese Leute und ihre Forderungen vertreten, so sind wir stolz darauf, weil wir mitwirken, Not und Elend zu beseitigen. Am Schlusse der Auseinandersetzung ließ uns der Herr durchblicken, daß wir doch noch einmal wiederkommen sollten, weil die Innungsmitglieder noch zusammenkommen und doch was anderes beschließen könnten.

Eine Stunde später ließ der Herr sagen, daß er mit der Organisation verhandeln wolle. Hierauf wurde unsererseits eine Kommission gewählt, welche verhandelte und eine Tarifvereinbarung mit der Organisation abschloß. Diese Vereinbarung brachte den Kollegen 2 Mk. Zulage pro Woche und setzte die Anfangs- und Endlöhne auf 18 bis 24 Mk. pro Woche fest. Außerdem Regelung der Arbeitszeit Festsetzung von Ueberstunden, Mittagsgeld bei Ueberarbeiten usw. Die Kollegen waren mit diesem Resultat zufrieden und beschlossen, am Freitag, den 22. März 1912, früh, die Arbeit aufzunehmen. — Es ist dies das erste Zugeständnis, das diese Kollegen sich errungen haben und wir stehen auf dem Standpunkt, daß noch manches zu regeln übrig bleibt. Aber so wie keine Giche mit einem Streiche fällt, so kann auch bei solchen Bewegungen nicht alles mit einem Hieb geschaffen werden. Nur Ausdauer führt zum Ziel und an den Kollegen liegt es nun, beharrlich ihre Organisation, den Deutschen Transportarbeiter-Verband, auszubauen. Nicht nur die Kollegen Fensterputzer, sondern alle anderen für uns in Frage kommenden Kollegen, auch der Organisation zuzuführen. Dann werden die noch nicht erreichten Bedingungen leichter und besser recht bald erreicht werden. Also, sei jeder ein Agitator, dann wird und muß es gehen. — Vorwärts!



Berlin. Sektion der Markthelfer aus den Buchhandlungen und Journal-Besitzern, Hausdiener und Packer, Kutcher aus den Papier- und Pappen-Engros-Firmen, Buchdruckereien, Buchbinderen und der Papierbearbeitungs-Industrie. Am 25. März fand eine gut besuchte Versammlung statt, welche sich zunächst mit dem Bericht der Delegierten der örtlichen Generalversammlung beschäftigte. Kollege W. gab einen klaren, scharfen Bericht über die statifundene Verhandlung, den der Kollege P. ergänzte. Bei der Neuwahl der Delegierten wurde das Verhalten einiger Delegierten kritisiert. Die Branche hat nach § 1 des Reglements 27 Delegierte zu wählen, davon haben 13 Delegierte ihr Mandat behalten und 14 Kollegen wurden neu in Vorschlag gebracht, somit war die Zahl von 27 Delegierten erreicht; sämtliche Delegierte wurden von den Versammelten en bloc gewählt. Zum Verbandstage teilte der Branchenleiter mit, die Branche habe einen Kollegen in Vorschlag zu bringen. Nachdem verschiedene Kollegen auf eine Kandidatur verzichteten, wurde Kollege Haerling mit großer Majorität gewählt. — Kollege S. gibt Bericht über den Streit in der Kartonnagen-Industrie; von unserer Branche waren 20 Kollegen in Mittelschicht gezogen. Vor dem Einigungsamt kam ein Mindestlohntarif zustande. Der Kampf dauerte vom 4. bis 21. März d. J. Bei der Firma Fassbender, Villetdruckerei, kam es zur Arbeitsniederlegung seitens der Buchbinder und Hilfsarbeiter, Packer und Packerinnen. Nach einem 1 1/2 tägigen Kampfe wurde die Arbeit wieder aufgenommen. In dem Betrieb Sieler u. Vogel haben 11 Kollegen 1 Mk. Zulage erhalten. Unter Verschiedenes wurde den versammelten Kollegen die Sammlung zum Kranze für die Ehrung der Märzgefallenen bekannt gegeben. — Nachdem wurde auf die nächste Branchen- sowie ordentliche Generalversammlung hingewiesen.

Berlin. Recht „idyllische“ Zustände scheinen bei der Firma Wigt u. Co., Puppomadenfabrik in Berlin O., Blumenthalstr., zu herrschen. In diesem Betriebe werden zirka 25 bis 30 Arbeiter und Arbeiterinnen beschäftigt. Die Bezahlung ist äußerst unzu-

reichend. Die Arbeiterinnen erhalten einen Wochenlohn von sage und schreibe 10 Mk. Daß davon ein alleinstehendes Mädchen bei der heutigen teuren Lebensweise nur die allernotwendigsten Ausgaben, wie Essen, Schlafen und Kleidung zc. von bestreiten kann, wird wohl niemand zu behaupten wagen. Die Löhne der männlichen Kollegen betragen zwischen 36 bis 40 Pf. pro Stunde; davon soll ein verheirateter Arbeiter sich und seine Familie ernähren. Kommentar überflüssig.

Die hygienischen Einrichtungen spotten jeder Beschreibung: Der Speiseraum dient zugleich als Lageraum; Kisten sowie alte Puppomaden zc. werden darin aufbewahrt. Die Waschgelegenheit ist äußerst mangelhaft. In einem sogenannten Kaff waschen sich mehrere Personen. Erwähnt muß dabei werden, daß die Arbeit eine sehr schmutzige ist, also aus diesem Grunde schon für genügende Reinigungsgelegenheit gesorgt werden müßte. Mit einem Handtuch müssen sich 3 Personen 2 Wochen lang abtrocknen! Wie ein solches Handtuch wohl aussehen mag? Die Handtücher, die im Kontor schon gebraucht wurden, kommen anstelle in die Wäsche, in die Arbeitsräume, um dort erst die richtige Tausche zu bekommen. — Einen Umkleieraum für Frauen gibt's nicht. In einer Ecke im Arbeitsraum dürfen die Kleider umgezogen und aufgehängt werden. Durch diesen Raum gehen auch die Arbeiter durch, so daß ein ungerichtetes Umkleiden nicht möglich ist. Auch die Behandlung läßt sehr viel zu wünschen übrig. Ausdrücke werden von dem Betriebsleiter den Arbeitern gegenüber angewandt, womit man wohl Vorkämpfer bezeichnet, aber keine Menschen. Mancher wird ja nun fragen, ob so etwas in einer Großstadt wie Berlin wirklich noch möglich ist. Leider ist dem so. Allerdings muß festgestellt werden, daß in diesem Betriebe bis vor kurzem kein organisierter Arbeiter zu verzeichnen war, wodurch derartige Zustände wenigstens in etwa begreiflich erscheinen.

Die Branchenleitung hatte sich nun zur Aufgabe gemacht, die Arbeiter dieses Betriebes zu organisieren und es ist auch schon gelungen, trotz der größten Hindernisse, einen größeren Teil der Beschäftigten für den Verband zu gewinnen. Dieses hat auch schon die Firma empfunden, indem sie merkt, daß sich die Arbeiter nicht mehr so behandeln lassen wie zuvor. Man bietet nun alles auf, die Organisation nicht hochkommen zu lassen. Den Arbeitern wird direkt verboten sich zu organisieren. Bei Neueinstellungen wird jeder befragt, ob er einer Organisation angehört; ist das der Fall, so wird der betreffende nicht eingestellt. Auch eine Maßregelung haben wir schon zu verzeichnen. Trotz dem und allem wird auch diese Firma bald einsehen müssen, daß das vorgegebene Lebensniveau ist. Wenn die Organisation erst einmal Fuß gefaßt hat, ist sie nicht mehr zurückzuhalten. Den Kolleginnen und Kollegen dieser Firma möchten wir aber zurufen: Laßt Euch nicht schrecken! Je mehr man versucht, die Organisation zu verdrängen, desto fester müßt Ihr zusammenhalten. Seid einig! Sorgt dafür, daß auch der letzte Kollege, die letzte Kollegin der Organisation, dem Deutschen Transportarbeiter-Verbande, zugeführt wird. Nur dadurch wird es möglich sein, auch in diesem Betriebe eintigermassen menschenwürdige Zustände herbeizuführen.

Eine interessante Zusammenstellung. Der Deutsche Verband Kaufmännischer Vereine veröffentlicht ein Rundschreiben, in dem es heißt:

„Die Ankündigung eines gesonderten Gesehententwurfs über die Regelung der Sonntagsarbeit im Handelsgewerbe hat den Deutschen Verband Kaufmännischer Vereine veranlaßt, unter den angeschlossenen Verbandsvereinen eine Umfrage zu veranstalten, welche in erster Linie den Stand der Sonntagsruhe in den einzelnen Orten, an denen Verbandsvereine tätig sind, ergründen sollte. Von seiten 64 Verbandsvereinen sind auf diese Umfrage ziemlich ausführliche Auskünfte und Gutachten eingegangen. ...

Unser prinzipieller Standpunkt, der seit Jahren auf eine vollständige reichsgesetzliche Sonntagsruhe hinführt, wird durch die neue Vorlage in keiner Weise erreicht. ... Unser erstes Streben muß darauf gerichtet sein, die vollständige Sonntagsruhe im Engrosbetrieb ohne Ausnahmestatus innerhalb des neuen Entwurfs durchzusetzen. Das ist die mindeste Forderung, die von den Organisationen erhoben werden kann. Darüber hinaus wird zu untersuchen sein, ob die vorgesehene dreistündige Sonntagsarbeit nicht ohne weiteres auf zwei Stunden herabzusetzen ist. ...

In einzelnen haben unsere 64 Erhebungen bei Detailbetrieben ergeben, daß die oris statuta-riche Regelung der Sonntagsruhe seit 1897 an 47 Plätzen stattgefunden hat. Die Dauer der Sonntagsarbeit ist durch diese kommunalen Vorschriften teilweise wesentlich eingeschränkt worden.

Die vollständige Sonntagsruhe besteht innerhalb der Verbandsvereine in Darmstadt, Frankfurt a. M., Ludwigshafen, Nürnberg, Offenbach a. M., Stuttgart. Freiwillig ohne Ortsstatut halten 75 pCt. der Geschäfte in Schwabach und Jülich die Sonntagsruhe in allen Betrieben. Im Sommer haben vollständig geschlossen Freiberg (3 Monate) und Mannheim.

Sehr verschieden ist natürlich die Arbeitsdauer und der Ladenschluß am Sonntage, zumal hier örtliche Interessen, Rücksicht auf den Gottesdienst, Verkehrsverhältnisse u. a. m. eine große Rolle spielen. Die höchst zulässige fünfstündige Arbeitsdauer finden wir innerhalb der 64 berichtenden Städte noch an 16 Orten, größtenteils kleineren Landstädten, deren Hauptertrag durch den Besuch der Landbevölkerung erzielt wird. Bis 5 Uhr nachmittags arbeitet Biberach a. N., um 4 Uhr schließen Freiberg i. Sachsen, Bahr i. N., Landau i. Pf.,

Offenbach, um 3/4 Uhr Göttingen und Lössen in Sachsen. Die Arbeitsdauer stellt sich wie folgt: 5 Stunden 17 Plätze, 4 1/2 Stunden 4 Plätze, 4 Stunden 13 Plätze, 3 1/2 Stunden 2 Plätze, 3 Stunden 11 Plätze, 2 1/2 Stunden 1 Platz, 2 Stunden (Mindestdauer) 9 Plätze. In mehreren Plätzen findet eine willkürliche Arbeitsdauer im Rahmen der gesetzlichen Vorschriften von 1892 statt.

Ununterbrochen arbeiten 26 Städte am Sonntag, hiervon entfallen auf fünfstündige Arbeitsdauer 3 Städte, vierstündige 3 Städte, dreistündige 8 Städte, zweistündige 10 Städte. Die üblichen Unterbrechungen sind während der Kirchzeit von 9-11, manchmal bis 11 1/2 und 12 Uhr.

Ueber die Ausnahmen konnten wir leider kein umfassendes Bild erlangen. Die Vielartigkeit der Geschäftszweige und gewerblichen Kleinbetriebe, die allenthalben von der Sonntagsruhe ausgenommen sind, gibt ein treffendes Beispiel für die Notwendigkeit einer einheitlichen Regelung. Zu den Ausnahmeständen gehören fast durchweg Bäcker, Metzger, Kolonial- und Wiktualienhändler, seltener Zigarren- und Blumenhandlungen.

Erfreulicherweise ist in unseren statistischen Erhebungen die Sonntagsarbeit in den Engrosbetrieben nur ausnahmsweise verzeichnet. Wir dürfen sagen, daß hier die allgemeine Sonntagsruhe zur Regel geworden ist. Nur im Verkehrs- und in größeren Fruchthandlungen (Fürtz, Nürnberg) finden sich zur Zeit der Ernte Ausnahmestimmungen. Von den 64 berichtenden Vereinen geben lediglich 10 Plätze Engrosarbeit am Sonntagvormittag an; im übrigen sind fast alle Lager und Bureau geschlossen.

Handelsinspektoren. Der Verein für Handlungs-Kommiss von 1858 (Kaufmännischer Verein) in Hamburg richtete im Februar an den Reichstag eine Eingabe, in der er die Einsetzung einer besonderen Handelsaufsichtsbehörde beantragt. In der Eingabe heißt es u. a.: „Die Aufsichtstätigkeit der Handelsinspektoren würde von § 62 H.W., der von den Willkür des Prinzipals handelt, auszugehen haben. Hiernach würde zu ihren Obliegenheiten zu gehören haben: 1. die Besichtigung der Geschäftsräume und der für den Geschäftsbetrieb bestimmten Vorrichtungen und Gerätschaften, 2. Prüfung der Wohn- und Schlafräume der in die häusliche Gemeinschaft aufgenommenen Gehilfen und Lehrlinge (Regelung der Verpflegung, der Arbeits- und der Erholungszeit), 3. die Ueberwachung des Geschäftsbetriebs und der Arbeitszeit, soweit es sich um Anordnungen handelt, durch die die Gesundheit der Angestellten gefährdet werden könnte, 4. insbesondere hätte der Handelsinspektor darüber zu wachen, daß die Vorschriften der Gewerbeordnung über die Regelung der Arbeitszeit (Sonntagsruhe, Ladenschluß, tägliche Ruhezeit) eingehalten werden und 5. von größter Wichtigkeit für die weitere Ausbildung des Handlungsgehilfenstandes würde es sein, wenn die Beachtung der Bestimmungen des § 76 H.W. über die Unterweisung der Lehrlinge und des § 128 H.W. über die Anzahl der Lehrlinge in offenen Verkaufsstellen sowie über den Besuch der Fortbildungsschulen nach §§ 120 und 139 H.W. von den Handelsinspektoren überwacht würde.“

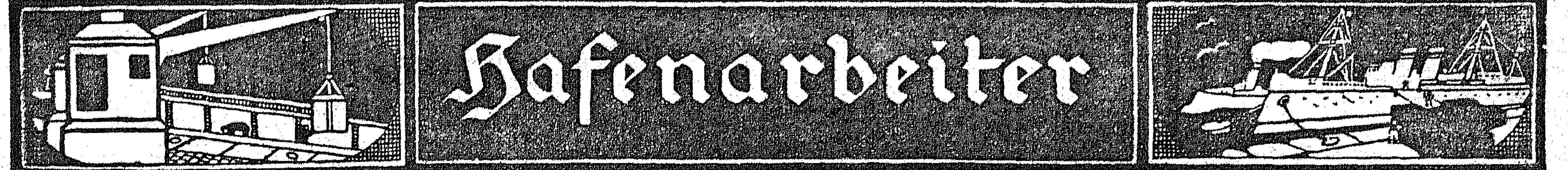
Leipzig. Zeit zum Arbeiten. Bielach ist unter den Arbeitern die Ansicht verbreitet, daß sie während der Kündigungsfrist berechtigt sind, jeden Tag einige Stunden von der Arbeit fernzubleiben, um sich andre Arbeit suchen zu können.

Diese Ansicht ist falsch. Im § 629 des Bürgerlichen Gesetzbuchs ist nur ausgedrückt, daß der Unternehmer dem Arbeiter auf Verlangen eine angemessene Zeit zum Auffuchen einer andern Arbeitsgelegenheit zu gewähren hat. Was eine angemessene Zeit ist, muß von Fall zu Fall entschieden werden. Ein Opfer der irrigen Rechtsauffassung wurde auch der 15 Jahre alte Arbeitsbursche F., der gegen 8 Mt. Wochenlohn in der Blumen- und Federfabrik von Oskar Meyer in Leipzig beschäftigt war. F. war am 16. März die Stellung gekündigt worden, aber schon am 18. März wurde er fristlos entlassen, weil er die Arbeit unbefugt verlassen habe. Die Arbeitszeit des Burschen dauerte von früh 1/8 Uhr bis abends 1/8 Uhr; da aber häufig erst sehr viel später Feierabend wurde, kam die Mutter des Jungen am 17. März abends 1/9 Uhr und holte ihn ab. Sie sagte dabei zu dem Markthelfer: „Daß Sie es wissen, der Junge geht von morgen ab jeden Tag zwei Stunden Arbeit suchen.“ Der Markthelfer erklärte sich damit einverstanden. Als F. am andern Tage zwei Stunden zu spät in das Geschäft kam, wurde er entlassen. Er klagte daher vor dem Gewerbeamt auf Zahlung einer Entschädigung in Höhe von 15.52 Mt. Die Verhandlung gestaltete sich für den Geschäftsinhaber ungünstig. Das Gericht nahm an, daß die Mutter des Jungen annehmen konnte, er dürfe am andern Morgen Arbeit suchen gehen. Die Prozeßlage verschob sich aber zumungunsten des Arbeitsburschen, als dieser auf eine Frage des Unternehmers zugab, daß er nicht nach Arbeit gewesen sei, weil in der Zeitung keine passende Stellung gestanden habe. F. erklärte, er sei trotzdem erst später zur Arbeit gegangen, weil ihm seine Mutter gesagt habe, er dürfe während der Kündigungsfrist jeden Tag zwei Stunden später in das Geschäft kommen. Weil der Bursche keine Arbeit gesucht hatte, sah das Gericht in seinem Fernbleiben unbefugtes Verlassen der Arbeit. Auf Bitten des Gerichts zahlte schließlich der Geschäftsinhaber an den Burschen 10 Mt. Es wurde darauf hingewiesen, daß M. den Burschen zum erstenmal verwarnen konnte, statt ihn sofort zu entlassen.

Der Prozeß ist auch noch in anderer Richtung interessant. M. erklärte, er habe immer Rücksicht mit dem Burschen genommen, weil er ihn für schwächlich gehalten habe. Dann habe sich aber herausgestellt, daß der Junge faul sei, darum sei ihm gekündigt worden. Aus der Verhandlung ging hervor, daß der Junge von früh 1/6 Uhr an, zwei Stunden vor Beginn seiner Arbeitszeit, seiner Mutter beim Zeitungstragen hilft. Im Geschäft des Herrn Meyer hatte er dann oft bis abends 1/9 Uhr, manchmal auch bis 1/10 Uhr zu arbeiten. Bei einer solchen Arbeitszeit braucht sich M. wahrhaftig nicht zu wundern, wenn der überarbeitete Junge „faul“ ist. Wenn M. ein so gutes Herz hat, wie er vor Gericht darzustellen versuchte, müßte er dafür sorgen, daß in Zukunft in seinem Betriebe solche Kinder nicht mehr bis in die Nacht hinein beschäftigt werden. Der Prozeß zeigt auch, wie notwendig ein Schutz der im Hand- und Gewerbe beschäftigten Personen ist.

Eine rückständige Handelskammer. Die Handelskammer zu Wilmigen richtete am 8. März an das badische Ministerium des Innern folgende Eingabe: „Eine Verkürzung der jetzt zulässigen Verkaufszeit an Sonntagen ist im Interesse des Kleinhandels insbesondere in den kleineren Städten, die in unserm Bezirk nur in Frage kommen, nicht zu wünschen. Eine weitere Verkürzung der Verkaufszeit an Sonntagen würde die anständigen Detailgeschäfte sehr schädigen. Einerseits würde die Drückerei viele Artikel in denjenigen Geschäften kaufen, denen auf Grund des § 105 e, bezw. des vorliegenden Gesetzes eine längere Verkaufszeit eingeräumt ist. Von Bäckereien, Gemüsehändlungen usw. werden nebenher auch viele andere Artikel wie Tee, Kaffee, Zigarren, Zigaretten und auch Kurzwaren verkauft. Diese Geschäfte sind zu dem Verkauf dieser Artikel vielfach erst deshalb übergegangen, weil sie Gelegenheiten hatten, in den Stunden, in denen den übrigen Geschäften der Verkauf verboten war, die Ansprüche der Kundschaft zu befriedigen und auf diese Weise ein lohnendes Geschäft zu machen. Wenn für das Handelsgewerbe eine weitere Einschränkung der Verkaufszeit eingeführt wird, so ist dringend zu fordern, daß auch diese Geschäfte denselben Beschränkungen in der Verkaufszeit unterworfen werden (was uns unterstreichen. Red.). Auf der anderen Seite wird eine weitere Einschränkung der Verkaufszeit an Sonntagen die anständigen Detailgeschäfte auch insofern schädigen, als die Möglichkeit für die ländliche Bevölkerung in der Stadt zu kaufen, fast ausgeschlossen würde. Die Zeit, die für die Einkäufe in der Stadt verbliebe, würde nicht mehr hinreichend sein, um allen Bedarf decken zu können. Die Landbevölkerung kann meist erst am Nachmittag in die Stadt kommen, sodas selbst bei einer vierstündigen Verkaufszeit in der Regel kaum mehr als eine Stunde für den Einkauf übrig bliebe, denn mit Rücksicht auf die ortsanässige Bevölkerung und sonstige Durchreisende wird die Verkaufszeit nicht später als 11 Uhr beginnen können. Bei dem Mangel an hinreichender Zeit zur Deckung ihres Bedarfes wird daher die Landbevölkerung den Einkauf in der benachbarten Stadt halb aufgeben und sich mehr und mehr an das Kaufen von Hausierern, Detailreisenden, Versandgeschäften, Wanderlagern usw. gewöhnen. Bei einer gesetzlichen Regelung der Sonntagsruhe muß jedenfalls die Tatsache berücksichtigt werden, daß in den kleineren Städten, wo die Einkäufe der Landbevölkerung einen erheblichen Anteil am Umsatz der Detailgeschäfte ausmachen, andere Verhältnisse vorliegen als in größeren Städten. Wir sprechen uns deshalb gegen eine Einschränkung der Verkaufszeit an Sonntagen, wie sie in § 2 des Entwurfes vorgesehen ist aus und befürworten, daß die bestehenden Verhältnisse beibehalten werden. Ebenfalls wünschen wir, daß aus den oben angeführten Gründen keine Ausnahmen mehr im Sinne des § 8 des Entwurfes und des § 105 e der Gewerbeordnung gestattet werden. Im übrigen haben wir gegen die Bestimmungen des Entwurfes nichts einzuwenden. Wir bemerken noch, daß in kleineren Städten die Sonntagsruhe für die Unbemittelten nicht die Bedeutung hat, welche sie in den Großstädten für die Angestellten haben mag. In kleineren Städten werden vielfach Geschäfte ohne Angestellte, nur durch den Inhaber und seine Familienangehörigen betrieben. Man würde diesen Personen keinen Dienst leisten, aber eine große Unzufriedenheit bei ihnen hervorrufen, wenn ihnen durch eine weitergehende gesetzliche Sonntagsruhe ihre Erwerbsmöglichkeit eingeschränkt wird.“

Daß die Wilminger besonders weitsichtige Herren sind, wird nach dieser Probe wohl kaum behauptet werden können. Das einzig relativ vernünftige ist der oben im Sperrdruck wiedergegebene Satz. In der Tat eine spärliche Ausbeute.



Zur Lohnbewegung der Hafenarbeiter in Hamburg schreibt Mercator in der „Hansa“: „Die Lohnbewegung unter den Hafenarbeitern in Hamburg ist in ihr kritisches Stadium eingetreten. Der Verband der Transportarbeiter hat dem Hafenbetriebsverein seine Forderungen zugehen lassen, und der letztere hat kurz vor Ostern eine Versammlung abgehalten, in der eine kleine Kommission beauftragt worden ist, mit den Vertretern des Transportarbeiter-Verbandes in Verhandlungen einzutreten. Die Arbeitgeber haben damit wohl gezeigt, daß sie gewillt sind, nach Möglichkeit Frieden zu halten. Erinnert man sich angesichts dieser Haltung weiterhin der Tatsache, daß im November vorigen Jahres bereits der Tagelohn um 20 Pf., also etwa 4 pCt. heraufgesetzt worden ist, so wird man auf sozialdemokratischer Seite jedenfalls nicht behaupten können, daß, wenn es doch zum Streit kommen sollte, dieser Streit von Arbeitgeberseite provoziert sei. Ob der Friede aber damit erhalten bleibt, wird man noch in Frage stellen dürfen; denn die Forderungen des Transportarbeiter-Verbandes, die inzwischen der Öffentlichkeit bekannt geworden sind, zeichnen sich wie üblich durch die beinahe schon sprichwörtlich gewordene Bescheidenheit aus. Für die gewöhnlichen Schauerleute (Hilfsarbeiter), die bis zum November vorigen Jahres einen Tagelohn von 4.80 Mt., von da ab 5 Mt. bezogen, werden 5.50 Mt., also 14 pCt. mehr, als die Löhne im Vorjahr ausmachen, gefordert. Die Arbeitszeit soll um eine Stunde verkürzt werden, was gleichbedeutend ist mit einer weiteren Lohnerhöhung. Die Ueberstundenlöhne, die bisher eine Mark betragen, sollen um weitere 20 Pf. pro Stunde heraufgesetzt werden. Auch das würde selbstverständlich eine nicht unbedeutende Erhöhung des Lohnkontos

der Hafenbetriebe bedeuten. Im ganzen geht man wohl nicht fehl, wenn man die Gesamtnebelbelastung, die eine Erfüllung dieser Wünsche bedeuten würde, auf mehr als 20 pCt. abschätzt. Daß solche Forderungen selbst bei bester Geschäftslage nicht bewilligt werden können, darüber sind sich wohl auch die Führer der Hafenarbeiter klar; denn es ist immer wieder festzuhalten, daß die deutschen Hafenarbeiterlöhne wohl in guten Zeiten heraufgesetzt, nicht aber in schlechten Zeiten heruntergesetzt worden sind, wie dies bei den Bergarbeiterlöhnen im Ruhrrevier beispielsweise der Fall ist. Wenn die Führer der Arbeiter der großen Masse die augenblickliche günstige Konjunktur der Schiffsahrtsunternehmungen und anderer beteiligter Betriebe vorführen, dann vergessen sie immer hinzuzufügen, daß solche Konjunkturverhältnisse, wie wir sie augenblicklich haben, eben Ausnahmezustände sind. Aufgrund solcher Ausnahmezustände dauernd verbindliche teure Lohnbedingungen zu schaffen, würde auch vom Standpunkt der Gesamtwirtschaft aus durchaus verfehlt sein. Noch eine weitere Bemerkung! In einer Polemik gegen eine Statistik des Hafenbetriebsvereins, die zu verteidigen für uns an sich keine Ursache vorliegt, wird die Bemerkung gemacht, daß der Durchschnittsverdienst der Hafenarbeiter nur deshalb so hoch erscheine, weil die Hafenarbeiter sehr viel Ueberstunden machen und weil der Gesamtjahresverdienst an Tagelöhnen ein unermesslich hohes sei. Dieser Einwand zeigt, daß die Arbeitgeber es den Führern der sozialdemokratischen Verbände wirklich nicht recht machen können. Verlangen die Gewerkschaften, wie es auch in den oben erwähnten Forderungen geschieht, ungeheurer hohe Ueberstundenlöhne, und schlägt der Unternehmer das ab, dann wird selbstverständlich gefordert, Wer-

den die hohen Ueberstundenlöhne bewilligt und steigt damit die Gesamtsumme, die der Einzelne durch Ueberstunden verdient, und wächst damit weiterhin der Andrang der Arbeiter nach Ueberstundenarbeit, so dient auch das wieder den gewandten Dialektikern des Sozialismus zum Einwand gegen die von ihnen bekämpften Zustände. — Jedenfalls wird man der weiteren Entwicklung der Dinge mit Spannung entgegensehen müssen. Schon die nächsten Wochen werden ja zeigen, ob eine Einigung im vorliegenden Falle gewissermaßen in der Luft liegt. Wenn der Transportarbeiter-Verband den Kampf will, wird sich dies wohl bald herausstellen.“

Gedankenlesen ist augenscheinlich nicht die starke Seite „Mercators“ — es ist mehr als läßn. behaupten zu wollen, die Hafenarbeiter seien sich klar, daß die geforderten Löhne nicht bewilligt werden können — nicht einmal bei bester Geschäftslage. Dem Herrn scheinen die Scheuklappen noch immer nicht geküsst zu sein, sonst müßte er wissen, daß die Hafenarbeiter noch nie mehr als Forderungen gestellt haben, die für den gesicherten Bestand der Hafenbetriebe gefährlich gewesen wären. Im Gegenteil: die Hafenarbeiter sind noch stets sehr bescheiden gewesen und deshalb hat die Steigerung der Löhne auch niemals Schritt gehalten mit der Steigerung der Lebensmittelpreise. Die Behauptung, daß die Betriebe eine solche Belastung, wie sie durch die Erfüllung der Hafenarbeiterwünsche nötig werden, nicht tragen könnten, sollte der „Hansa“mann erst einmal beweisen. Offenlich nimmt er es uns nicht krumm, daß wir die augenblicklich günstige Konjunktur benützen, Forderungen zu stellen. Es handelt sich auch nicht um „Ausnahmezustände“, sondern die Verhältnisse werden nach Ballins und Heineckens Behauptungen noch jeden

Zag besser. Wir zweifeln allerdings auch nicht daran, daß einmal wieder schlechtere Zeiten kommen werden, — dies liegt begründet in der Kapitalistischen Wirtschaftsordnung, an deren Folgen die Arbeiter keine Schuld trifft, — aber dann verringern die Vertriebe auch automatenmäßig ihre Unkosten, indem sie die Arbeiter einfach aufs Straßpflaster setzen. Deshalb ist es — im Gegensatz zu Mercators Meinung — im Interesse der „Gesamtwirtschaft“, wenn die Arbeiter höhere Löhne bekommen, um die Folgen der Arbeitslosigkeit besser wehren zu können. Mittels eines kühnen Jongleurkunststückchens rechnet Mercator eine Lohnforderung von 14 pCt. für die gewöhnlichen — Schauerleute heraus. In Wirklichkeit wird eine Erhöhung des Tagelohns von 5 Mt. auf 5,50 Mt. verlangt, d. h. ist eine Erhöhung um 10 pCt. Die Art, wie Mercator schließlich eine Gesamtvermehrung von 20 pCt. konstatiert, ist einfach originell. Wenigstens insofern als er Berechnungen aufstellt, ohne die geringsten Unterlagen zu haben. Die ganze Rechnung bekommt ein riesengroßes Loch, wenn die Unternehmer den Wünschen der Arbeiter gerecht werden und die Nacht- und Sonntagarbeit nach Möglichkeit einschränken. Aber bei dieser Frage hat Mercator bei uns eine böse Inkonsequenz entdeckt: die Hafenarbeiter verlangen eine bessere Bezahlung der Nachtarbeit und wenn dadurch der Durchschnittsverdienst der Arbeit höher ist als der Tagelohn, dann sind diese Menschen so — unverschämt, auf die vielen Überstunden hinzuweisen — man denke sich die abgrundtiefe Schledchtigkeit dieser Menschen. Soll man diese Tiraden Mercators, der eifrig betont, für ihn liege keine Ursache vor, die Statistik des Hafenbetriebsvereins zu verteidigen — wer denkt da nicht unwillkürlich an das Wort: wer sich unnötig entschuldiget, lagt sich an — ernst nehmen, soll man lachen, oder aber soll man von diesen leuchtenden Quisquilien auf die Güte der Sache schließen, die Mercator verteidigt? Vielleicht wäre es gar nicht so unangebracht, wenn er einmal darüber nachdächte, warum sich wohl die Arbeiter zur Nacharbeit drängen. Ein unverbildeter Verstand würde dann zur Schlussfolgerung kommen, daß wahrscheinlich die Arbeit am Tage zu schlecht bezahlt wird. Zu welchem Resultat Mercator kommen wird, wagen wir nicht zu entscheiden — den Verstand wollen wir ihm nicht absprechen, aber: Mercator — Merkur und Merkur war der Gott der Kaufleute und der Diebe. Unser Hansamann verschiebt übrigens das Gesichtsfeld ein wenig, wenn er sagt, zu der Statistik des Hafenbetriebsvereins wäre die „Bemerkung“ gemacht, daß die hohen Durchschnittslöhne nur durch die Überstundenlöhne erreicht worden wären. Schamhaft verschweigt er seinen Lesern den Haupteinwand, die schlagende Widerlegung der Statistik durch die Hafenarbeiter. Zur Ehre Mercators wollen wir aber annehmen, daß er von dieser Entgegnung gar nichts erfahren hat. Bei der berühmten Objektivität der Hansa zweifeln wir nicht daran, daß sie unsere Darstellung vor dem Richterstuhl ihrer Leser bringen wird. Deshalb lassen wir sie folgen: Was bezwecken die „Hamburger Beiträge“? Nun, die Erklärung ist schnell gefunden:

Die Dessenlichkeit soll gegen die Hafenarbeiter beeinflußt werden; ihr Bestreben, einigermaßen angemessene Löhne zu erlangen, will man als Unverschämtheit brandmarken. Um das zu erreichen, stellt man einfach die Löhne der bestbezahltesten Hafenarbeiter in Vergleich mit den von Berufsgenossenschaften für andere Arbeiter ausgewiesenen Durchschnittslöhnen, und dann ergibt sich, daß der Verdienst der angegebenen Hafenarbeitergruppen selbst die im Durchschnitt pro Vollarbeiter erzielten Löhne in der Hütten- und Walzwerks-Berufsgenossenschaft sowie der Bergwerks-Berufsgenossenschaft noch übertrifft. Als allgemein bekannt wird vorausgesetzt, daß im Bergbau und in Hüttenwerken so ziemlich die höchsten absoluten Löhne verbüßt werden. Der mit den Verhältnissen nicht vertraute muß daher annehmen, die Hafenarbeiter stünden auf der höchsten Staffel der Lohnarbeiter, was ein großer, abschätzend von den Unternehmern hervorgerufener Irrtum ist. Während des Bergarbeiterstreiks stellte man die von den Bauern im Ruhrbezirk erzielten höchsten Löhne scharf in den Vordergrund, um an ihrer Höhe die Nichtberechtigung der Bergarbeiterforderungen zu zeigen. Nun bringt man die Durchschnittslöhne für alle Bergarbeiter einschließlich der sehr minimalen in Schlesien sowie der an Frauen und jugendliche gezahlten in Vergleich mit denen für einzelne Spezialleistungen, die nur von besonders kräftigen und befähigten Hafenarbeitern verbüßt werden können. Das ist kein Irrtum und keine Ungeheuerlichkeit mehr, daß ist raffinierte Berechnung und wohlwollende Absicht. Daß nach den Durchschnittsangaben die in Schiffahrts- und Hafenbetrieben beschäftigten Arbeiter keine ausgezeichnete Stelle einnehmen, geht aus der nachfolgenden Aufstellung hervor. Es betrug der Jahresdurchschnittslohn eines Vollarbeiters im Jahre 1910 nach den Angaben der:

Bergbau-B.-G.	1345 Mt.
Rhein-Westf. Hütten- und Walzwerks-B.-G.	1355 "
Bagerl.-B.-G.	1093 "
Schiffahrts-B.-G.	1196 "
See-B.-G.	1047 "

Wo bleiben da die in der beschwerlichen und für Gesundheit und Leben so gefährlichen Schiffahrts- und Hafenarbeit Beschäftigten mit ihren Löhnen? Der mögliche Einwand, daß für die Beurteilung der Lohnbewegung der Hamburger Hafenarbeiter nur die hier gezahlten Löhne gewürdigt werden dürften, beweist am besten, wie unzulässig es ist, ausgesetzte Löhne einzelner Facharbeiter mit Durchschnittslöhnen in großen Industriegruppen zu vergleichen. Unterstellen wir die Spezialangaben der „Hamburger Beiträge“ einmal als

einwandfrei und setzen sie in Vergleich mit den von Stahlwerkern erzielten Löhnen, dann ergibt sich ein anderes Bild, als die Reeder es malen. Nach Ausnahmen des Metallarbeiterverbandes im vergangenen Jahre betragen die Durchschnittslöhne im Hochofenbetrieb für Möllnerarbeiter 5,34 Mt., für Gichtarbeiter 5,32 Mt.; in Thomasstahlwerken: für Konverterleute 6,— Mt., für Gießgrubenarbeiter 6,03 Mt., für Maschinisten 6,42 Mt.; im Martinbetriebe: für Ofenarbeiter 7,09 Mt., für Schrottfahrer 6,40 Mt., für Huddler 7,36 Mt.; in den Walzwerken: für Ofenleute 6,51 Mt., für Grobwalzer 6,25 Mt., für Knüppelwalzer 7,32 Mt. und für Rohrenwalzer 8,96 Mt. Die „Hamburger Beiträge“ warten demgegenüber mit folgenden höchsten Löhnen auf: für festangestellte Reiarbeiter: beim Staatsst 5,27 Mt., bei der Sapag 5,03 Mt., Hilfsarbeiter 4,20 Mt., Schiffreiner 4,47 Mt., Vorarbeiter 6,14 Mt.; Kontraktischiffreiner bei der S. M. S. in Ausnahmefällen 5,44 Mt. Schiffreiner 3,80 Mt., Vorleute 5,38 Mt. — und schließlich als Gipfel des Lohnbaumes: Kontrakt-schauerleute 6,71 Mt. Im Lichte dieser Zusammenstellung und mit Berücksichtigung der besonderen Anforderungen, die an Hafenarbeiter gestellt werden, nehmen sich die angegebenen Reederlöhne, wahrlich nicht günstiger aus, als in der ersten Aufmachung nach den berufsgenossenschaftlichen Rechnungsergebnissen. Mit Lohnskizzen können sich jedenfalls die Hafenarbeiter ihre Lebensbedingungen nicht verbessern und sind auch damit nicht zufriedenzustellen! Sie haben das vollste Recht, in Anbetracht ihrer wichtigen und verantwortungsvollen Arbeit den Lohn zu fordern, der ihnen ein auskömmliches Dasein gewährt!

Nun wird Mercator in der nächsten Nummer der „Hansa“ unsere Darlegung bringen und auch wohl ohne weiteres zur Überzeugung kommen, daß der letzte Satz seiner eben wiedergegebenen Darstellung überflüssig ist — wie noch verschiedenes andere in seinem Artikel. Warum will er päpstlicher als der Papst, d. h. Hafenbetriebsvereiner als der Hafenbetriebsvereiner sein? Er hört mit seinen Kurzworten nur den Gang der hoffentlich befruchtend und friedlich verlaufenden Verhandlung.

Zur Lohnbewegung im Hamburger Hafen. Auf die an anderer Stelle dieser Nummer erwähnte von den Unternehmern in die bürgerliche Presse lancierten Statistiken über die Höhe der Tagelöhne einzelner Hafenarbeiter, schickte ein Kontraktshauermann dem „Hamburger Fremdenblatt“ eine Erwiderung, die — merkwürdigerweise — ausgenommen wurde. Das Schreiben lautete in seinem Hauptteil wie folgt:

„In der dritten Beilage der Nummer 75 vom 29. März d. J. bringen Sie einen Artikel „Hafenarbeiterlöhne in Hamburg“; er stützt sich auf Auslassungen des „Hafenboten“. Diese Auslassungen sind derart, daß jeder, der die Hafenverhältnisse nicht kennt, staunen muß über die Unzuständigkeit der Arbeiter. Das kommt daher, weil der „Hafenbote“ freilich nicht geradezu unwahr — diese Wölfe geben sich die Herren nicht — wohl aber verschleierte schreibt; denn daß z. B. der Schauermann im Durchschnitt bei 22,7 tägiger monatlicher Arbeit 2000 Mt. verdient, ist nicht möglich. Dies will ich Ihnen an einem Beispiel vorrechnen. Seit März 1911 bin ich Kontraktshauermann, gehöre also einer angeblich bevorzugten Kategorie an. Vermittels meiner wohlaußbewachten Kohnzettel habe ich den Verdienst des vergangenen Jahres berechnet. Der Gesamtverdienst beträgt hiernach: 2168,30 Mt.; ausgerechnet erhielt ich nach Abzug der Krankentasse, Invaldität und Sparkasse 1984,71 Mt.; das ist schon ein bedeutender Unterschied. Von den differierenden 183,59 Mt. befinden sich 25 Mt. (vorläufig unverzinst) auf der so viel gerühmten Sparkasse des Hafenbetriebsvereins (S. B.). Hierzu bemerke ich: Um diesen Verdienst zu erlangen, habe ich ununterbrochen, und nicht etwa 23 Tage im Monat, gearbeitet. Vielleicht vier ganze Tage im Jahr mußte ich der Arbeit aus irgendwelchen Gründen fernbleiben, sonst aber ging es tagtäglich morgens um 5 Uhr aus dem Hause fort, und erst abends um 10 Uhr war ich wieder daheim! Ich frage Sie: Kann man sich bei solcher Arbeitszeit noch als Mensch fühlen? — Ich habe das Pfingstfest bei ununterbrochen 24stündiger Arbeit in Stade gefeiert, ich mußte Himmelfahrt arbeiten; ich habe keinen ordentlichen heiligen Abend gehabt und keinen zweiten Weihnachtsfeiertag; für uns gab's kein Silvester und kein Neujahr! Sind wir noch Menschen? Wir arbeiten von 6 Uhr morgens bis 6 Uhr abends für 5,20 Mt., das macht in der Woche 31,20 Mt., im Jahre 1622,40 Mt., das heißt, wenn ein Kontraktshauermann keinen Tag im ganzen Jahr fehlt und keine Überstunden macht, so verdient er ungefähr 1600 Mt., nicht aber in 23 Monatstagen, sondern in allen Arbeitstagen, die es gibt.

Aber wir müssen ja mehr verdienen, denn unsere Kinder wollen sich fetteffen; also immer hin: Sonn- und Feiertags und abends bis neun und nachts bis morgens um halb sechs, aber bleiben wir Menschen dabei? Wenn man so wochenlang um 10 Uhr nach Hause kommt, ist man zu müde, um ein freundliches Wort mit seiner Frau zu sprechen, zu apathisch, um die Zeitung zu lesen, nur schnell waschen, essen und ins Bett. Und da die meisten weit ab von der Arbeit wohnen, kommen sie selten vor 11 Uhr ins Bett und müssen doch um 4 1/2 Uhr schon wieder aufstehen; das sind 42 Stunden in der Woche im Hause, davon 33 Stunden für den Schlaf. Ich frage Sie, bleibt man da noch Mensch? Der „Hafenbote“ schrieb vor einiger Zeit: Wenn man auf den Markt ginge, sähe man Arbeiterfrauen Hühner und Gänse kaufen, schaute man in die Wirtschaften, so sähe man sie gefüllt von Arbeitern. „Wer wollte“, so fügt das Blatt hinzu, „den Arbeitern nicht ein sorgenfreies und frohliches Leben gönnen!“ Bedenken Sie, wieviel

mehr Arbeiter es gibt, als besserstufierte Leute und wie prozentual wenig dazu gehören, um die engen, kleinen Kneipen zu füllen. Für meine Person kann ich die halben Liter zählen, und ich bin kein Antialkoholiker, aber von den vielen, die still nach Hause gehen, sieht man natürlich nichts. Bei denen, die so viel in den Kneipen sitzen, sieht es zu Hause nicht gut aus. Dies ganze Jahr hindurch gab ich meiner fleißigen und sparsamen Frau mein ganzes Wochen-geld, und wir haben demnach nichts sparen können, und ich bin der Überzeugung, daß ein Mensch, der seine ganze Zeit bis in die Nacht hinein für nicht leichte, nicht ungefährliche Arbeit hingibt, wohl soviel Verdienst beanspruchen kann, daß es ihm möglich ist, jede Woche etwas für's Alter zu sparen, und für die Kinder. Da wird in den Paragraphen 2 bis 4 unseres Kontraktes dem Arbeiter ein Mindestverdienst von 30 Mt., neuerdings 31,20 Mt. garantiert, das heißt wenn, wie es 1911 war, der heilige Abend auf einen Sonntag fällt, so sollte der Arbeiter pro Montag und Dienstag je 5,20 Mt. erhalten, auch wenn er nicht arbeitet. „Das ist ja großartig“, rüft der Nichteingeweihte. Gestatten Sie, daß ich eine kleine Bremse ansehe. Wenn zufällig Montag oder Dienstag gearbeitet werden soll, so wird jede Stunde mit 1 Mt. vergütet. Der Reeder muß also dem Kontraktsmann 5,20 Mt. zahlen, gleichviel, ob der Mann solchen Tag frei hat oder ob er fünf Stunden arbeitet; folglich hat der Reeder ein dringendes Interesse daran, immer „rein zufällig“ notwendig arbeiten lassen zu müssen, und zwar besonders an den hohen und so lange ersuchten Feiertagen, und das in einer Zeit der sozialpolitischen Bestrebungen, wo alles dahin strebt, Sonn- und Feiertagsarbeit zu verhindern. Logisch wäre es, wenn im Arbeitsfalle außer den 5 Mt. der Überstundenlohn bezahlt würde, dann würde der Reeder die teure Feiertagsarbeit scheuen, und bedauerlich ist es, daß der polizeiliche Konfens so ohne Prüfung gegeben wird. Auch wir haben gern ein Weihnachtsfest; nicht nur Geld wollen wir verdienen, sondern wir besitzen die große Unverschämtheit, daß wir gern als Menschen leben möchten.

Kontraktshauermann der S. M. S. S. „Alle andern bürgerlichen Zeitungen, die so bereitwillig den Artikel der Unternehmer abdruckten, haben es verschmäht, von dieser sachkundigen Aufklärung Notiz zu nehmen. Aus welchem Grunde, haben wir schon des öfteren dargelegt.

Zur Lohnbewegung der Bunkerleute im Hamburger Hafen nahm am 5. April eine Versammlung Stellung. Die Versammlung beauftragt die Lohnkommission nochmals Verhandlungen mit den Arbeitgebern nachzugehen und darauf zu dringen, daß für die Arbeitszeit an Werk-, Sonn- und Feiertagen, sowie des Nachts und nach 6 Uhr abends ein Aufschlag von 15 Pf. pro Tonne noch in den Tarif aufgenommen werde. Wenn in irgend einer Form die Arbeitgeber nicht noch entgegenkommen zeigen, sind ernste Differenzen unausbleiblich. Das Mißtrauen der Arbeitgeber gegen die Arbeiter und deshalb gegen die Aufnahme der Arbeitszeit ist völlig unberechtigt, indem auch heute und später nicht ohne jede Nachtarbeit infolge der ganzen Art der Abfertigung der Dampfer, die hier Bunkerlohlen nehmen, auszukommen ist. Es muß natürlich Aufgabe beider Kontrahenten sein, die Nachtarbeit so weit als möglich einzuschränken. In Steftin, Albeck, Emden, Harburg, Heideburg, Königsberg, wo diese Arbeiten ebenfalls fast ausschließlich in Alford vorgenommen werden, sind mit dem Deutschen Transportarbeiter-Verband resp. den Ortsverwaltungen Verträge, die die vorgenannte Arbeitszeit enthalten, vereinbart. Der ablehnende Standpunkt der Arbeitgeber kann deshalb mit ausschlaggebenden Gründen nicht belegt werden. Ein weiterer Antrag für schlechte grobe Kohle, die während des Bergarbeiterstreiks hier eingeführt und sehr schwer zu bearbeiten ist, den Satz für Walezkohlen mit 1,10 Mt., also 15 Pf. mehr, pro Tonne zu zahlen, den Arbeitgebern zu unterbreiten und dafür zu wirken, daß derselbe in den Tarif aufgenommen wird, wird angenommen. In die Verhandlungskommission wird Kollege S. neu gewählt.

Danzig. Zur Lohnbewegung der Weichselholzarbeiter, Blag- und Mühlenleute tragen wir folgendes nach: Nach dem Abschluß des Tarifs im Winter 1907 setzte auch sofort eine sehr schlechte Konjunktur ein, die es uns unmöglich machte, nach Ablauf des Tarifs (31. 12. 1909) Schritte zu unternehmen, um eine Verbesserung herbeizuführen. Mit Einsetzen der schlechten Konjunktur litt auch das Organisationsverhältnis und so mußte erst eine bessere Konjunktur abgewartet und die Organisation besser ausgestaltet werden. Beides glaubten wir in der zweiten Hälfte des Jahres 1911 erreicht zu haben und so schritten wir am 1. Oktober 1912 zur Kündigung, sodas ab 1. Januar 1912 der alte Tarif ablief. Im November 1911 ließen wir den Unternehmern die neuen Forderungen zugehen und traten im November 1911 mit der Unternehmer-Organisation in Verhandlung.

Die Arbeitgeber schienen keine Eile zu haben, sie verlangten von uns eine Erklärung, daß eine evt. Veränderung des Tarifes erst am 1. Oktober 1912 in Kraft treten solle. Im Winter in Streit treten wäre für die Arbeitgeber gar nicht so unilbel gewesen. Aber was hätten die Arbeiter erreicht? Wir mußten versuchen, auf Grund von Verhandlungen etwas zu erreichen.

Durch Entgegenkommen auf beiden Seiten wurden im Laufe Januar und Februar 1912 die Lohn- und Arbeitsfragen soweit geklärt, daß eine Annahme des Lohntarifs durch die Kollegen wohl feststand, aber die Akfordarbeit mußte nun auch geregelt werden. Mit der Bedingung, wie sie im letzten Tarife stand — „alle bisher bezahlten Preise für Akfordarbeit werden weiterhin auch so bezahlt“ — konnten und wollten die Kollegen sich nicht zufrieden geben. Auch bei den Arbeitgebern hatte sich die Ansicht Bahn ge-

brochen, daß jetzt eine Menderung eintreten müsse. Die Akfordfrage aber in der Kommission zu lösen, war, wenn nicht eine Unmöglichkeit, so doch mit soviel Unmöglichkeit verknüpft, daß der Abschluß vor Mitte 1912 nicht zu erreichen gewesen wäre.

Die Kommission beschloß daher: Auf jedem Platz und jeder Arbeitsgruppe wird eine dreigliedrige Kommission eingesetzt, welche die Akfordpreise regelt. Die Verhandlungskommission tritt dann zusammen, entscheidet noch über die strittigen Punkte und legt dann die Tarife fest. Dies sollte in der Zeit vom 15. bis 22. März 1912 geschehen. Bei allen Firmen ging dieses ganz glatt von statten. Nur bei der Firma Wolff Hermann wurden die Kollegen mit allerlei Auswüchsen hingerhalten. Die Vertreter dieser Firma erklärten einfach, der Tarifabschluß lauge doch nichts und mehr als 6 Prozent lege sie nicht zu. Sie wollte auch nicht die einzelnen Positionen aufgeführt wissen, sondern nur auf das Verdiente wie bisher eine allgemeine Zulage machen, die dahin ging, daß, wenn die Kollegen unter 20 Mk. pro Woche verdienen, 6 Prozent zugelegt erhalten sollten, und wenn sie über 20 Mk. verdienen, sollte diese Zulage fortfallen. Als diese Firma zu nichts anderem zu haben war, sahen sich die Kollegen genötigt, am 20. März die Arbeit einzustellen. Der Betrieb ruhte nun vollständig, alle 108 Mann streikten. Wir fehlten uns selbst neue mit der Arbeitgeber-Organisation in Verbindung. Jetzt wurde der Firma aufgegeben, im Laufe der nächsten Woche zu verhandeln, und zwar auf der Basis, wie dies auf den anderen Plätzen geschehen war; strittige Punkte sollte die Kommission durch Schiedspruch beseitigen. Nun kamen auch bei dieser Firma die Verhandlungen in Gang. Jedoch blieben noch 98 strittige Punkte zu erledigen. Die Sitzung der Kommission am 29. März entschied in 92 von den 98 Positionen zugunsten der Kollegen. Somit war die Bahn frei zum Abschluß der Tarife. Am 1. April beschäftigte sich dann eine geschlossene Versammlung mit der Angelegenheit Wolff Hermann, und am 3. April eine solche aller Kollegen mit den Gesamttarifen. Da die Akfordtarife erledigt waren, hatte sich die Versammlung nur noch für Annahme der Tarife zu entscheiden. Aber der Tagelohnstarif mußte noch seine Sanktion durch die Versammlung erhalten und das war nicht einfach! Die Arbeitgeber wollten den neuen Tarif erst am 1. Oktober 1912 in Kraft treten lassen. Im Laufe der Verhandlungen gaben sie nach und erklärten, dies schon ab 1. Juli 1912 eintreten zu lassen. Eine Resolution der Arbeiter verlangte, daß die Tarife schon ab 1. April 1912 in Kraft treten sollten. In einer der letzten Sitzungen erklärten nun die Arbeitgeber, daß sie als Antwort auf die Resolution erklärten, „ab 1. Juni 1912“ den Tarif in Kraft treten zu lassen, sind sie bereit, aber keinen Schritt weiter. Möge es zum Besseren oder Brechenden kommen.

In kurzen Ausführungen legte der Gauleiter einer Versammlung am 3. April seine Gründe für Annahme dar. Die Ablehnung hieße den Streik proklamieren. Was würden wir aber erreichen, wenn wir 6 bis 8 Wochen streikten? Dann würde der 1. Juni auch vor der Tür sein. Und da es sich nur um den 1. Juni handle, — die anderen Punkte seien alle angenommen, — so würden wir bei einem Streik nicht nur nichts gewinnen, sondern eher noch was verlieren. Eine heiße ausgiebige Debatte für und wider konnte nur das Resultat bringen, daß von den anwesenden 208 Mitgliedern 124 für den 1. Juni stimmten und 84 dagegen. So sind die Verhandlungen zu Ende, der Tarif zum Abschluß gebracht. Wenn er auch nicht alles bringt, was die Kollegen gewollt, so soll man sich aber mit den nicht allzu kleinen Erfolgen zufrieden geben. Die Alles-oder-Nichts-Theorie einer Anzahl Kollegen ist zu verworfen. Der Tarif gilt bis zum 31. Dezember 1913. Kollegen in Danzig, tut eure Pflicht. Sorgt, daß alles, was für uns in Frage kommt, dem deutschen Transportarbeiterverband angehört. Dann wird unsere — eure — Sache leichter. Alle Mann auf den Posten und auf die Schanzel. Die Organisation steht hinter Euch!

Eternförde. Die Hafenarbeiter haben einen günstigen Vertrag mit der Kohlen-Handels-Gesellschaft m. b. H. betr. Entlohnung der Kohlendampfer vereinbart. Der Lohn beträgt für 100 Tons 105 Mk. Wenn der Dampfer abends mit dem Löschen fertig werden kann und es sich nach 6 Uhr um ein bis zwei Stunden handelt, so muß der Dampfer leer gemacht werden. Nach 8 Uhr abends erfolgt ein Aufschlag von 1 Mk. pro Stunde. Der Deutsche Transportarbeiterverband, Ortsverwaltung Eternförde, verpflichtet sich, die Dampfer in der Liegezeit zu löschen. Die nötigen Arbeiter stellt der Verband. Größere Reparaturen an der Stellage sind, wenn dieselben länger als eine Stunde dauern, den davon betroffenen Gängen zu entschädigen und wird hierfür der Lohn bezahlt, der im Akford beim Löschen pro Stunde verdient wird. Während der Löszeit ist ein Mann zu stellen, welcher stets den Arbeitern zur Verfügung steht, sowie sich Reparaturen an der Stellage usw. bemerkbar machen. Auf Verlangen der Arbeiter muß das Kommolement bei der Auszahlung des Lohnes vorgelegt werden. Die Lohnzahlung hat unmittelbar nach Beendigung der Arbeit an der Arbeitsstelle zu erfolgen. Für die Beförderung von Arbeitswerkzeugen, Stellagen, überhaupt für alles Material, welches zur Arbeit erforderlich ist, hat die Firma zu sorgen. Den Arbeitern dürfen dafür keine Abzüge gemacht werden.

Die Rentabilität der Schiffahrtsgesellschaften. Im Januar bis Februar 1912 haben 11 Schiffahrtsgesellschaften ihre Bilanzen mit dem Vorjahre vergleichbar veröffentlicht. Da das Aktienkapital dieser genannten Gesellschaften im letzten Geschäftsjahre nur 10,36 Mill. Mk. betrug, so handelt es sich vornehmlich um kleinere und mittlere Unternehmungen. Doch

haben auch diese Gesellschaften im letzten Geschäftsjahre gegen das Vorjahr recht gut abgeschnitten. Das Aktienkapital dieser 11 Schiffahrtsgesellschaften hat in den beiden letzten Berichtsjahren keine Veränderung erfahren, sondern ist auf dem gleichen Stande von 10,36 Mill. Mk. geblieben. Während jedoch im Jahre 1909/10 nur 247 000 Mk. Dividende zur Ausschüttung gelangten, brachte das letzte Geschäftsjahr eine ganz erhebliche Steigerung des Dividendenertrags. Dieser belief sich auf 648 000 Mk. Im Jahre 1909/10 wurde nach dem jeweiligen Aktienkapital nur eine Durchschnittsdividendenziffer von 2,4 pCt. berechnet. Das letzte Geschäftsjahr hatte dagegen eine Durchschnittsdividende von 6,2 pCt. aufzuweisen. Mithin ergibt sich gegen das Vorjahr eine Besserung um 3,8 pCt. Auch für einen Vergleich der Abschreibungen lassen sich die Resultate von 11 Schiffahrtsgesellschaften vergleichen. Diese hatten in den beiden letzten Geschäftsjahren ein Gesamtkapital von 10,43 Mill. Mk. Im vorletzten Geschäftsjahre wurden für 1 162 939 Mk. Abschreibungen gegen 926 174 Mk. in dem Berichtsjahre vorgenommen. Für einen Vergleich von Reingewinn und Verlust sind die Geschäftsergebnisse von 15 Gesellschaften verfügbar. Im Jahre 1909/10 belief sich das Aktienkapital der mit Gewinn arbeitenden 12 Gesellschaften auf 9 581 Mk., und es wurde ein Gewinn von 659 038 Mk. erzielt. Die 3 mit Verlust arbeitenden Aktiengesellschaften dieser Gruppe hatten ein Aktienkapital von 1,67 Mill. Mk. Der Gesamtverlust im Jahre 1909/10 belief sich auf 128 546 Mk. Im letzten Geschäftsjahre hatten 14 Gesellschaften mit Gewinn gearbeitet. Ihr Aktienkapital belief sich auf 11,22 Mill. Mk. Die Gewinnsumme betrug für das letzte Geschäftsjahr 1 008 047 Mk. Die Gesellschaft, welche im letzten Geschäftsjahre mit Verlust gearbeitet hatte, besaß ein Aktienkapital von 32 000 Mk. Der Verlust erreichte die Höhe von 6983 Mk. Berechnet man den Reingewinnüberschuß, so ergibt sich für das Jahr 1909/10 die Summe von 530 492 Mk. oder 4,7 pCt. und für das letzte Geschäftsjahr 1 001 024 Mk. bzw. 8,9 pCt. des jeweiligen Aktienkapitals für die 15 Gesellschaften.

Der Arbeitsmarkt in Hafenstädten. Mehr als in jeder anderen Stadt ist gerade in den Hafenstädten die Lage des Arbeitsmarktes von der Entwicklung der Weltkonjunktur abhängig. Da sich der Güterverkehr mit dem Auslande gehoben hat, so ist auch eine allgemeine Besserung des Arbeitsmarktes in Hafenstädten zu konstatieren. Besonders im Vergleich zum Vorjahre tritt diese Erscheinung ganz deutlich hervor. Im Februar 1912 kamen in Hamburg auf je 100 offene Stellen durchschnittlich 135,55 Arbeitssuchende gegen 167,43 im gleichen Monat des Vorjahres. Der Januar 1912 hatte eine Andrangsziffer von 139,44 gegen 132,62 im Januar 1911 aufzuweisen. Auf die gleiche Anzahl offener Stellen kamen in Hamburg im 1. Quartal 1908 bis 1912 durchschnittlich Arbeitssuchende:

Hamburg	1908	1909	1910	1911	1912
Januar	159,82	176,88	160,17	132,62	139,44
Februar	182,04	156,32	169,66	167,43	135,55
März	134,73	159,08	139,97	141,05	

Unterhalb der letzten fünf Jahre haben die ersten beiden Monate dieses Jahres die niedrigsten Durchschnittsziffern aufzuweisen. In Kiel zeigte der Januar 1908 einen Andrang von 169,05 Arbeitssuchenden auf je 100 offene Stellen, im Februar 1908 173,63 und im März 149,60. Das Jahr 1909 brachte im 1. Quartal eine wesentliche Verschlechterung, die entsprechenden Angaben ergeben im Januar 315,87, im Februar 293,94 und im März 332,76 Arbeitssuchende. Im Januar 1910 hatte Kiel auf je 100 offene Stellen 284,61, im Februar 281,16 und im März 278,34 Bewerber. Das erste Quartal 1911 hatte eine abermalige Verschlechterung gebracht. Die Andrangsziffer berechnete sich im Januar auf 313,39, im Februar auf 295,85 und im März 259,51. Die beiden ersten Monate des Jahres 1912 weisen eine Erleichterung auf. Es kamen auf je 100 offene Stellen im Januar 1912 nur 297,23 Arbeitssuchende und im Februar 1912 sogar nur 246,20. Auch in Königsberg ist die Besserung am Arbeitsmarke gegen das Vorjahr deutlich in dem Rückgang der Andrangsziffer zu erkennen. Im Januar 1911 kamen auf je 100 offene Stellen durchschnittlich 207,24 und im Parallelmonat dieses Jahres nur 150,59 Arbeitssuchende; im Februar 1912 wurden durchschnittlich nur 152,85 Bewerber gegen 181,89 im gleichen Monat des Vorjahres gezählt. Auch in Stettin ist eine ganz bedeutende Verminderung der Andrangsziffer nachzuweisen. Für den Januar 1911 ergaben sich 187,48 Bewerber. Im diesjährigen Berichtsmonat kamen nur 155,98 Stellensuchende und im Februar 1912 sogar nur 124,01 gegen 202,11 Arbeitssuchende im gleichen Monat des Vorjahres.

Ein erfreulicher Fortschritt. Die Internationale Transportarbeiter-Föderation schreitet mit ihrer Mitgliederzunahme unaufhaltsam vorwärts. Ein Vergleich mit den Ziffern früherer Jahre beweist das. Am 1. Oktober 1904 betrug die Zahl der angeschlossenen Organisationen 11 mit 77 672 Mitgliedern in 7 Ländern, am 1. Juni 1906 dagegen 22 Organisationen mit 207 231 Mitgliedern in 13 Ländern; am 1. Juli 1908 waren es bereits 44 Organisationen mit 496 620 Mitgliedern in 18 Ländern; am 1. Juli 1910 nur 42 Organisationen mit 467 918 Mitgliedern in 16 Ländern, dagegen am 1. Juli 1911 bereits wieder 44 Organisationen mit 532 615 Mitgliedern in 18 Ländern. Am Schluß des Jahres 1911 aber waren es 46 Organisationen mit 707 839 Mitgliedern in 19 Ländern, das ist eine Zunahme seit dem letzten Kongreß in Kopenhagen (1. Juli 1910) um 211 219 Mitglieder. Das ist ein sehr erfreulicher Fortschritt und wird alle unsere Berufskollegen, die durch unermüdete Agitation und mit großem Fleiße an der Erhaltung der Organisationen

im Transport- und Verkehrsgewerbe mitarbeiteten mit großer Genugung erfüllen. Schreiten wir in dieser Weise fort, so ist nicht ausgeschlossen, daß wir in diesem Jahre, einem Jahre der besten wirtschaftlichen Aussichten, einer Million Mitglieder nahekommen.

Lohnbewegung der Hafenarbeiter in Frankreich. Der Verband der Hafenarbeiter in Frankreich hatte in letzter Zeit einen beträchtlichen Mitgliederzuwachs zu verzeichnen. Die Mitgliederzahl erhöhte sich von 8000 auf 14 300 und wird wahrscheinlich im ersten Quartal dieses Jahres mit 20 000 abschließen. Das ist ein sehr erfreulicher Fortschritt! Die Zunahme an Macht äußert sich auch bereits durch Aufstellung von Wünschen und Forderungen an die Arbeitgeber. So beschäftigte sich eine Konferenz der Unterabteilungen an der atlantischen Küste, welche am 2. und 3. März stattfand, mit der Aufstellung eines Akfordplanes, der durch folgende Resolutionen festgelegt wurde:

1. Der Kongreß sieht ein, daß die Propaganda nicht unterbrochen werden darf, sondern alle Tage fortgesetzt werden muß und ersucht die Föderation, die erforderlichen Schritte zu unternehmen, um den föderierten Organisationen folgende Vorschläge zu unterbreiten: 1. Daß der föderale Beitrag von 10 auf 20 Centimes zu erhöhen ist und 2. daß ein föderaler Delegierter dauernd in jeder Unterabteilung anwesend zu sein hat. Gleichviel wie auch dieser Vorschlag angenommen wird, der Beitrag wird für den ganzen atlantischen Bezirk verdoppelt und die Erhöhung wird in diesem Falle ganz für die Tätigkeit der Unterabteilung reserviert.

2. Der Kongreß erkennt die Notwendigkeit an, zwecks gemeinschaftlicher Aktion das Vorgehen in allen Häfen einheitlich zu gestalten und ersucht die Föderation, die erforderlichen Schritte zu tun, um die föderierten Organisationen zu ersuchen, sich an der Vorbereitung einer Bewegung zur Erlangung des Achtstundentages und eines Minimallohnes von 8 Francs zu beteiligen. In Anbetracht der Tatsache, daß die Seeleute gegenwärtig für ihre Forderungen eine lebhaftere Propaganda betreiben, wird beschlossen, wie auch die Antwort auf die Vorschläge ausfallen möge, die Propaganda für die Maximalarbeit und den Minimallohn sowie die Prüfung der Aktion der Seeleute und Hafenarbeiter, sofort in dem atlantischen Bezirk in Angriff zu nehmen.

3. Der Kongreß, der anerkennt, daß die Streiks besonders unter dem Mangel an Solidarität leiden, fordert die Föderation auf, die Schaffung einer Streikliste in Erwägung zu ziehen. Die Delegierten verpflichten sich, in ihren Bezirken alles zu tun, um die Solidarität so wirksam wie möglich zu gestalten, damit sie sich in allen möglichen Formen äußern könne.

Die angenommenen Beschlüsse traten mit dem 1. März 1912 in Kraft. Saint Nazaire wird bestimmt als Sitz der Unter-Abteilung. Sekretär: Brimault.

Am 15. März fand dann eine außerordentliche nationale Konferenz in Paris statt, die folgendes beschloß:

1. Jedem unserer Syndikate wird jede Freiheit gelassen, das Beste für sich aus dem Streit der Bergleute zu ziehen ohne die Föderation in einen Generalkrieg zu verwickeln, für den wir nicht vorbereitet sind.

2. Die Propaganda ist noch intensiver zu gestalten, damit jeder in seinem Bezirk Agitation betreiben kann für die Erlangung des Achtstundentages als Maximalarbeitszeit und des Lohnes von 8 Francs als Minimallohn.

Diese Agitation ist ohne Unterbrechung bis zum Kongreß in Havre fortzusetzen, der die gemachten Bestrebungen funktionieren wird und über die anzuwendende Taktik beschließt, damit unsere Forderungen verwirklicht werden.

3. Eine große Untersuchung ist einzuleiten, für die unsere Syndikate uns durch Beantwortung des Fragebogens genau über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu unterrichten haben.

Alle Antworten werden zentralisiert und werden für die Verhandlungen des Kongresses in Havre als Grundlage dienen. So schreibt uns Kamerad Bour-Paris.

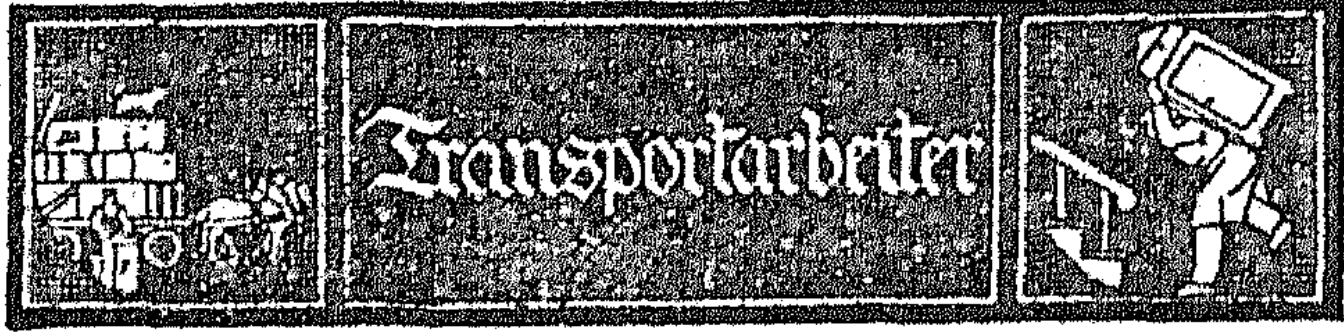
Wie unsere seemannischen Kameraden ihrerseits die Verwirklichung ihrer Forderungen vorbereiten, so wissen wir, daß es absolut notwendig ist, um unsere gemeinsamen Forderungen wegen einer besseren Verwaltung verwirklicht zu sehen, Hand in Hand vorwärts zu schreiten mit den Seeleuten, den Hafenarbeitern, den Transportarbeitern und allen übrigen Verkehrsarbeitern.

Der Verbandskongreß wird vom 9.—14. September in Havre abgehalten werden.



Leipzig. Die Kinoangestellten hielten am 29. März ihre Monatsversammlung ab. Ein Kollege referierte über die Krankenversicherung. Nach dem Vortrag fand eine Diskussion statt. Die dem Referenten von den Kollegen vorgelegten Fragen gaben den besten Beweis dafür, wie notwendig ein derartiger Vortrag war, die Kollegen über die wichtigsten Bestimmungen der Krankenversicherung aufzuklären. Der Sektionsleiter gab bekannt, daß die Klagen der Kollegen über Nichtzahlung des Tarifs dem Tarifamt überwiesen werden sollen. Im Monat März waren 11 Aufnahmen innerhalb der Sektion zu verzeichnen. Am

Antrag des Kollegen S. fand eine Sammlung für einen arbeitslosen Kollegen statt, die über 5 Mk. ergab. Mit einem Schlusswort des Sektionsleiters, in der Agitation nicht zu erlahmen bis auch der letzte Kinto-Angefallte dem Verbande zugeführt ist, schloß die gut besuchte Versammlung.



Vielelefeld. Tarifabschluss im Speditionsgewerbe. Zu der bereits gemeldeten Lohnbewegung im Speditionsgewerbe ist mitzuteilen, daß es im letzten Augenblicke noch zur Einigung gekommen ist. Es ist ein Tarif auf zwei Jahre abgeschlossen, der den Beteiligten ganz erhebliche Vorteile bringt. Ganz besonders gilt dies für die Arbeitszeit, die jetzt eine 9/10stündige ist. Ebenso ist auch in bezug auf Bezahlung der Ueberstunden eine wesentliche Verbesserung eingetreten. Während unter dem alten Tarif die Bezahlung derselben im Sommer eine halbe Stunde und im Winter gar um eine ganze Stunde nach Beendigung der Arbeitszeit erfolgte, tritt nunmehr eine Bezahlung nach 1/2 Stunde das ganze Jahr durch ein. Weiter werden aber die Touren, die um 7 Uhr und später begonnen werden, schon von 7 Uhr an als Ueberstunden bezahlt. Der Satz ist von 45 auf 50 Pf. pro Stunde erhöht worden. Ebenso ist auch die Bezahlung der Nachtarbeit von 60 auf 70 Pf. pro Stunde erhöht worden. Auch in bezug auf Bezahlung der Ueberlandtours ist eine Verbesserung eingetreten. Weiter ist aber auch (was besonders wichtig ist) der Nachweis unserer Organisation im Prinzip anerkannt worden. Dieser Erfolg war aber nur möglich, weil die Speditionsarbeiter zu 95 pCt. organisiert sind. Hoffentlich werden die Kollegen aber nun auch alles daran setzen, um das Erreichte zu halten und die Bahn für weitere Verbesserungen frei machen. Da im kommenden Herbst auch der Tarif für die Kohlenarbeiter abläuft, werden auch die Kollegen aus der jetzigen Bewegung lernen können. Es gilt auch dort die Organisation nach jeder Richtung hin auszubauen. Wissen wir doch, daß diese Unternehmer das letzte Mal erst durch einen Streik gezwungen werden mußten, einer Verhandlung mit der Organisation zuzustimmen. Aber auch für die übrigen Berufe heißt es jetzt auf den Posten sein. Die Zahl der Unorganisierten ist auch in Vielelefeld noch immer sehr groß. Sehen wir alles daran, den Indifferentismus zu brechen und auf das Mindestmaß zurückzuführen. Dazu müssen aber alle Kollegen mithelfen, ein jeder muß es sich zur Aufgabe machen, sein Teil dazu beizutragen, daß allen Berufscollegen ein erträgliches Dasein geschaffen wird. Der Einzelne ist im Kampfe ums Dasein, im Kampfe um Verbesserung der Verhältnisse eine Null. Nur in der Vereinigung aller liegt die siegende Kraft der arbeitenden Klasse.

Breslau. Nachdem unsere Kollegen in der Spedition sowie im Möbeltransport mehrere Jahre hindurch allen Organisationsbestrebungen gleichgültig gegenüberstanden, haben sie doch einsehen gelernt, daß nur durch die Organisation, wie diese es ihnen schon vor 12 Jahren gezeigt hat, Verbesserungen herbeigeführt werden kann. Wenn auch in einzelnen Betrieben der Spedition, wo das Organisationsverhältnis der im Betrieb beschäftigten Kollegen günstig war, Lohnzulagen durch die Organisation erzielt wurden, so haben die Lohnzulagen in der Gesamtbranche seit der letzten allgemeinen Lohnbewegung vor 12 Jahren keine Aufbesserungen erfahren. Dies veranlaßte die Kollegen nicht bloß aus der Spedition, sondern auch die vom Möbeltransport sich ernsthaft mit der Frage einer allgemeinen Lohnforderung zu beschäftigen. In mehreren Versammlungen wurde dazu Stellung genommen und es zeigte sich, daß es den Kollegen äußerst ernst war mit ihrem Beginnen, denn selbst die bis dahin gleichgültigsten Kollegen wandten sich der Organisation zu, und versprachen nunmehr treu zu derselben zu halten und stetig tätige Mitstreiter für unsere gerechte Sache zu sein. Die Forderungen der Kollegen wurden den Arbeitgebern unterbreitet, und zwar wurde in der Spedition eine allgemeine Lohnaufbesserung von 3 Mk. pro Woche gefordert, sowie Regelung der Arbeitszeit und Bezahlung der Ueberstunden. Im Möbeltransport wurde gefordert für Kutscher und Wacker ein Wochenlohn von 22 bis aufsteigend 28 Mk., Regelung der Ueberstundenbezahlung, der Erntegelder, der Speisegelder zc. Für die Aushilfsarbeiter 5 Mk., in der Hauptmutterzeit 6 Mk. pro Tag. Da die Arbeitgeber es ablehnten, mit der Organisation zu verhandeln und es auch sonst zu keiner Verständigung kam, wurde einstimmig der Streit beschlossen. Am zweiten Tage der Arbeitsniederlegung kam es zu Verhandlungen mit den Arbeitgebern, wobei folgende Zugeständnisse, die auch in der Versammlung von den Kollegen angenommen, gemacht wurden. Jeder fest Angestellte erhält eine wöchentliche Zulage von 1,50 Mark und den Aushilfsarbeitern wird ein Tagelohn von 5 Mk. und vom 25. bis 5. eines jeden Quartals 5,50 Mk. gezahlt, so daß die Zulagen für die letztere Gruppe 3 bis 6 Mk. pro Woche betragen. — Wenn nicht alles, was an Forderungen gestellt, erreicht werden konnte, so lag dies nicht an der Organisation, sondern an den Kollegen selbst, weil es leider einige Abtrünnige und eine Anzahl Wandelmütige gab, die gar nicht schnell genug in ihr altes Joch wieder hineinspringen konnten.

Kollegen! lernt aus dem Streit das Allernotwendigste begreifen und zwar, daß nur eine große und starke Berufsorganisation in der Lage ist, die Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu verbessern. Immerhin be-

deutet das Erreichte einen wesentlichen Fortschritt gegenüber den bisherigen Verhältnissen, und wenn die Kollegen treu zur Organisation halten, dann wird es auch möglich sein, weitere Fortschritte zu machen und den Lohnverhältnissen angepaßte Lohnsätze zu schaffen. — In der Bewegung waren im ganzen 630 Personen beteiligt; davon waren Mitglied unserer Organisation 485; vom Bauarbeiterverband 96, vom Fabrikarbeiterverband 12, vom Metallarbeiterverband 12, vom Brauer- und Holzarbeiterverband je 1, vom Schuhmacher- und Steinsegerverband je 1 und unorganisiert 15.

Düren (Rheinl.). „Sch wie egle doch keine Leute auf, ich bin doch kein Verbandsbrüder“, so äußerte sich der Fuhrmann Kalkbrenner bei der Speditionsfirma Tänzer in Düren zum Platzmeister dieser Firma. Und das kam so: Kalkbrenner ist einer jener Arbeiter, die wohl recht früh Feierabend machen wollen, aber fast ständig auf Kosten der Mitarbeiter. Eines Abends sollte K. leere Geschirre von der Bahn abholen, weil er frühzeitig von seiner Tour zurückkam. K. glaubte nun, da er ja kein Aufwieglar und kein Verbandsbrüder sei, diese Arbeit nicht verrichten zu brauchen, und so kam es zwischen ihm und dem Platzmeister der Firma, der die Geschirre unter sich hat, zu einer Auseinandersetzung, die beinahe zur Kündigung des K. geführt hätte. Diese Gefahr, arbeitslos zu werden, versuchte nun K. abzuwenden durch die einseitige Verneinung. Aber auch damit hätte der Arme im Grunde entschieden Pech, denn der Unternehmer, Herr Tänzer, erklärte frei heraus, daß es ihm wenig kümmere, was die Leute außerhalb des Betriebes tun, die Hauptsache sei für ihn, daß die Arbeit ordnungsmäßig ausgeführt werde. Ganz unsere Meinung. Es zeigt sich in diesem Falle, daß der Unternehmer mehr Verständnis für die Arbeiterbewegung an den Tag legt, als der direkt beteiligte Arbeiter. Wir möchten an dieser Stelle erklären, daß wir es für ganz selbstverständlich halten, daß der Arbeiter seine Pflicht und Schuldigkeit im Betriebe erfüllen muß. Pflicht des Arbeiters ist es, pünktlich zur Arbeit zu erscheinen und die ihm übertragene Arbeit gewissenhaft zu erledigen und zwar nach jeder Richtung hin. Ebenfalls erachten wir es als Pflicht der in einem Betriebe beschäftigten Arbeiter, sich gegenseitig das Leben nicht noch schwerer zu machen, als es an sich schon ist. Das Verhalten des K. ist das entgegengesetzte von dem, was wir kollegialisch nennen. Dadurch, daß Arbeiter sich zu Demunzianten erniedrigen, schädigen sie sich ganz eminent selbst und ebenfalls die ganze Belegschaft eines Betriebes. Leute, die Veranlassung zu einem Demunzianten haben, mögen bedenken, daß die Unternehmer schon mal eine Demunziation gerne entgegennehmen; aber der tiefsten Verachtung ist der Demunziant unter allen Umständen preisgegeben. Im übrigen gibt es in Düren eine ganz nette Zahl von Berufscollegen, die auf ihren Verband wirklich stolz sind, die also den Ausdruck: Verbandsbrüder, wenn er in einen anderen Zusammenhang gebracht wird, nicht tragisch nehmen.

Die Dürener Transportarbeiter haben wirklich alle Ursache, einig zu sein, d. h. sich zusammenzuschließen in ihrer Organisation, damit endlich einmal andere, bessere Verhältnisse geschaffen werden können. So wie die Dinge heute liegen, kann es unmöglich weiter gehen. Durch die rege Agitation, die in der letzten Zeit unter den Berufscollegen einflutet wurde, sind einige Unternehmer bereits dazu übergegangen, kleine Lohnzulagen zu gewähren. Damit wird von diesen Unternehmern zugegeben, daß die bisher gezahlten Löhne unzureichend waren. Wer jedoch glaubt, daß soziale Gewissen habe diese Unternehmer zu der Lohnzulage angeregt, der kennt einzelne Dürener Fuhrherren nicht. So legte die Firma Klinsenberg pro Woche 1 Mk. Lohn zu und verlängerte die Arbeitszeit um nahezu zwei Stunden täglich. Wir müssen gestehen, die Firma Klinsenberg kann sehr gut rechnen, sie hat bei dieser „Lohnzulage“ ein glänzendes Geschäft gemacht. Nehmen wir pro Woche 12 Stunden Arbeitszeit mehr und lassen die 1 Mk. nicht als Lohnerhöhung, sondern als Vergütung der Ueberstunden gelten, so ergibt das eine Vergütung pro Ueberstunde von sage und schreibe 8 1/2 Pf., in Worten: acht ein Drittel Pfennig. Dabei ist der Unternehmer in der Lage, sich ein soziales Mantelchen umhängen zu können, denn er hat ja eine — Lohnerhöhung! eintreten lassen. In Wirklichkeit werden die Leute mehr ausgebeutet, als bisher. Bei der Firma Klinsenberg besteht das „patriarchalische“ Verhältnis des K o s t e n u n d L o g i s w e s e n s noch. Ueber beides ist zu klagen. Namentlich lassen die Sch La f r ä u m e sehr viel zu wünschen übrig. An Sauberkeit der Räume und der Betten mangelt es ganz erheblich. Ja, es schlafen noch zwei Mann in einem Bett. Lassen wir die übrigen Gefahren für die Gesundheit der Fuhrleute außer Betracht, so ist es feststehende Tatsache, daß an ein Ausruhen dieser Leute — zwei Mann in einem einschlaftrigen Bett — nicht gedacht werden kann. Der Schlafraum, der sich über dem Pferde stall befindet, ist auch zugleich Wohn- und Trockenraum. Die nassen Kleiden müssen am Ofen getrocknet werden und entwickeln naturgemäß „a n g e n e h m e“ und „g e s u n d h e i t s f ö r d e r n d e“ Dünste. Daß Herr Klinsenberg ein großer Freund unseres Verbandes ist, sei nebenbei bemerkt. Dem Beitragskassierer drohte er das „Nauschmeißen“ an. Verständlich ist ja die Achtsamkeit der gestrengen Herrn, denn die Einrichtungen können das Tageslicht sehr schlecht vertragen. Ähnlich wie bei Klinsenberg liegen die Verhältnisse auch in anderen Betrieben, so bei Lambert Kohn, Kaiser usw. Die Löhne sind allgemein als völlig unzureichend zu bezeichnen und muß es nur Würdner nehmen, wie sich die verheirateten Kollegen durchsetzen. Ein Vergleich, wie schlecht die Dürener Kol-

legen gegenüber denen anderer Städte gestellt sind, sei hier gezogen.

Der Nahrungsmittelaufwand betrug in M.-Gladbach Dez. 24,09, Jan. 24,27, Febr. 24,06 Düren „ 24,12 „ 24,18 „ 25,89

Somit stehen die Preise in Düren denen in M.-Gladbach gleich, zum Teil sogar noch höher. Wie aber steht es mit den Löhnen? Unsere M.-Gladbacher Kollegen erhalten durchweg einen Wochenlohn von 26 Mk., dagegen beträgt der Durchschnittslohn der Dürener Fuhrleute 20,50. Ziehen wir zum Vergleich die Löhne unserer Kollegen in Köln und Düsseldorf heran, so finden wir, daß die Kollegen in den letzteren Orten 7—9 Mk. pro Woche mehr verdienen als die Dürener Kollegen. Diese große Spannung ist sehr leicht erklärlich, die Kollegen Fuhrleute erhielten diese Löhne auch nicht aus freiem Ermessen der Unternehmer zugestimmt, da hätten sie noch lange warten können; sie haben sich diese Löhne erkämpft durch ihre gute Organisation, durch den Transportarbeiterverband. Für die Dürener Kollegen liegt somit nahe, sich vollständig zu organisieren, sich ihrer erprobten Organisation anzuschließen. Dann, aber auch erst dann, wird es möglich sein, in Düren andere Verhältnisse zu schaffen. Die nächste Versammlung findet am Sonntag, den 21. d. M., morgens 11 Uhr im Bahnhofshotel, Joh. Lehmann, Bahnhofstr. 52, statt und sind alle Berufscollegen hierdurch eingeladen.

Hamburg I. Hausdiener vor den Tü r. W. gab den Bericht der Branchenleitung und führte aus, daß die bei der letzten Lohnbewegung gehegten Erwartungen, zu einem allgemein maßgebenden Tarif zu kommen, nicht in Erfüllung gegangen sind, da eine ganze Anzahl Wirte den Tarif anerkannt haben, aber sich um diesen gar nicht kümmern. Eine ganze Reihe von Umständen, deren Beseitigung wir uns angelegen sein lassen müssen, haben sich eingeschlichen. Namentlich wird unser Arbeitsnachweis nicht benutzt. Auch hat man bis heute noch nichts von den Arbeiten der Schlichtungskommission bemerkt, obgleich verschiedene Beschwerden anhängig gemacht sind. Es fanden im Laufe des Jahres sechs Mitglieder- und zwei Obmännerversammlungen statt, welche durchweg gut besucht waren. Bei der Wahl der Branchenleitung wurden Weber als 1. Vorsitzender, Grel als 2. Vorsitzender und Groß als Schriftführer neugewählt. In die Schlichtungskommission wurden Grel, Weber und Suhr gewählt, als Ersatzmänner Kuppel und Freitag. Als Obleute wurden K., B., N., B., K., S., G. und W. bestimmt. Unter „Verschiedenes“ sprachen mehrere Kollegen ihren Mißmut darüber aus, daß verschiedene Wirte die klaren Bestimmungen unseres Tarifs immer zu umgehen versuchen. Ein Antrag Hr., welcher darauf Bezug nimmt, wurde angenommen. Es wurde dann noch bekannt gegeben, daß etwaige Mißstände oder Tarifdurchbrechungen den Obleuten, frei gewordene Stellen dagegen unverzüglich dem Arbeitsnachweis mitzuteilen sind.

Branch e H a u s d i e n e r v o r d e n T ü r. Eine am 31. März tagende gut besuchte Versammlung nahm zu einem von der Tarifberatungskommission vorgelegten Tarifentwurf Stellung. Der Berichterstatter St. ging auf die einzelnen Punkte des Entwurfs noch näher ein. Die Diskussion, an der sich Th., B., Sch., S. und K. beteiligten, war eine recht lebhaft. Die Ausführungen der meisten Redner klagen dahin aus, daß der vorgeschlagene Entwurf wohl nicht allen Wünschen der Kollegen Rechnung trage, aber in Anbetracht einiger noch recht schlecht bezahlter Kollegen müsse man von höheren Forderungen Abstand nehmen. Bei der Abstimmung wurde der vorgeschlagene Entwurf mit einigen kleineren Änderungen angenommen. Die Forderungen sind folgende: 1. Arbeitszeit. Die Arbeitszeit für Kutscher und Mitfahrer ist im Höchstfalle eine zehnstündige in einer geschlossenen Arbeitsperiode von 12 Stunden inkl. der Pausen von 1/2 Stunde Frühstück und 1/2 Stunden Mittag. Sie endet mit Erledigung der Tagestour, spätestens abends 8 Uhr. 2. Löhne. Der Lohn beträgt pro Woche, diese zu 6 Tagen gerechnet (in die Woche fallende Feiertage werden mitbezahlt) a) für Kutscher Anfangslohn 32 Mk., nach 1/2 Jahr 34 Mk., nach einem Jahr 36 Mk., in Betrieben, wo bereits diese oder höhere Löhne gezahlt werden, ist die Steigerung so vorzunehmen, daß nach einem Jahre der Lohn auf 38 Mk. steht; b) für feste Mitfahrer beträgt der Lohn 20 Mk. bei der Einstellung, nach sechswöchentlicher Beschäftigung 22 Mk., nach vierteljährlicher Tätigkeit 24 Mk. Mitfahrer, welche zur Aushilfe fahren, erhalten pro Tag 5 Mk.; c) feste Mitfahrer unter 16 Jahren erhalten pro Tag 3 Mk. Sämtliche hier angeführten Löhne sind Minimallohne. 3. Sonn- und Festtagsarbeit, welche abwechselnd von den Kutschern verrichtet und wofür 2 Mk. pro Mann vergütet wird, ist nur Pferdepflege zu verstehen. 4. Ferien. Ferien erhalten alle Kutscher und Mitfahrer, welche vor dem 1. Oktober im Betriebe waren, sechs Arbeitstage unter Fortzahlung des Lohnes. Die Ferien müssen in die Zeit vom 1. Mai bis 30. September fallen. Sodann wurden unter „Verschiedenes“ noch einige Positionen festgelegt, so § 616 des B. G. B., Kündigung und anderes. Als Verhandlungskommission wurden Thälmann, Warge, Schöning und Borchers bestimmt. Sodann wurde noch die Frage der Weihnachtsfeier behandelt. Es sprechen hierzu verschiedene Mitarbeiter. Ein Beschluß wurde nicht gefaßt, sondern diesen einzelnen Betrieben überlassen.

Hamburg. Branch e K o h l e n a r b e i t e r u n d S t r i k e r. Mitgliederversammlung am Freitag, 5. April, bei H. Horn, Hohe Weichen. Der Antrag der Branchenleitung, die Mitgliederversammlungen in den Sommermonaten Mai bis September jeden dritten Mittwoch, in den Wintermonaten nach Ueber-

einkunft der Branchenleitung abzuhalten, wurde angenommen. Zu den Sonntagsarbeiten in den Kohlen- und Feuerungsgeschäften wurde nach längerer Debatte dem Vorschlag zugestimmt, einen Antrag der Kartell-Kommission zu überweisen, die Vorstände sämtlicher Gewerkschaften zu ersuchen, um die Sonntagsarbeit in den Kohlen- und Feuerungsgeschäften einzuschränken und den Kohlenplazarbeitern auch einen freien Sonntag zu verschaffen, diesen Antrag den Mitgliedern zur Kenntnis zu bringen, damit sie ihre Kohlen an den Wochentagen holen. Die Ortsverwaltung wird ersucht, auch in der Arbeiterpresse darauf hinzuweisen. Als starke Belegstücke wurden die Kollegen W., St. und M. gewählt. Es wurde bekannt gegeben, daß die Lohnbewegung der Holzplazarbeiter, Köpfer und Ewerführer, der Firma A. Neumann in Hamburg, Moorfleet und Wilhelmshaven beendet ist. Kollege S. berichtet über die Lohnbewegung im Hamburger Hafen. Hierauf wurden zwei Anträge betreffs der Lohnbewegung der Winterleute angenommen. (Vergl. unter Hafenarbeiter.) Beantragt wurde, bei der Ortsverwaltung den Antrag zu stellen, den Kollegen A. Höllner, Wilhelmshaven, Wohnung der Hamburg-Amerika-Linie, Orts-Nr. 22 675, aus dem Verbandsauszuschließen, weil er sich gegen die Verbandsstatuten verhalten hat. Erwähnt wurde, daß die Firma S. W. Heidmann St. Pauli und die Firma Wd. Blumenfeld den Tarif durchbrochen haben und unter Lohn bezahlen bei Hünker- und Fabrikarbeiten. Außerdem soll bei der Firma Wd. Blumenfeld ein Wagenführer E. als Zwischenunternehmer fungieren, trotzdem dies laut Tarif verboten ist. Zum Schluß wurden die Kollegen aufgefordert, welche sich zu Arbeiten komplett machen, darauf acht zu geben, daß nur organisierte Kollegen mitgenommen werden.

Sirchberg i. Schl. Ein großer Feind der Organisation scheint der Inhaber der Firma Hermann u. Co., Herr Dzur zu sein; denn er hat es schon öfter fertig gebracht, wenn sich einige seiner Leute dem Verbands angeschlossen, sie ganz einfach zum Tore hinauszuberufen. Seit dem letzten Streit vor zwei Jahren, wo er alle maßregelte, hatte er nur einen Kollegen behalten, denn dieser sollte, wie es uns schien, seinen Bericht stellen machen. War nämlich eine Versammlung einberufen, so fragte Herr Dzur, ob er nicht in die Versammlung gehe. Auch sollte ihm der Kollege Bescheid geben, was alles beraten wurde. Daß ihm die Arbeitseinstellung damals sehr zu Herzen gegangen ist, beweist eine Aeußerung, die er getan hat: „Am Sonnabend habe ich jedem noch drei Pfund Fleisch gegeben und nun lassen sie mich im Stich und streiken.“ Jetzt hatten wir wieder eine Anzahl Kollegen bei dieser Firma untergebracht; nun war es nach der Meinung des Herrn Dzur wieder die höchste Zeit, seinen Hof von diesen Aufsehern zu säubern. Letzte, welche schon jahrelang bei ihm arbeiteten, hat er kurzerhand aus Straßenspazierer geworfen. — Wenn dieser Herr etwa glaubt, unsere Organisation zu vernichten, so täuscht er sich gewaltig; wir gewinnen durch sein Benehmen immer mehr Mitglieder. Auch hatte sich dieser Herr telephonisch an andere Unternehmer um Hilfe gewendet, aber diese haben ihm die gebührende Antwort gegeben. Die beiden Scharfmacher Herr Dzur und Herr May mögen es sehr mit der Angst zu tun haben. Hatten sie doch erfahren, unsere Kollegen wollten jetzt mehr Lohn fordern. So ließ der Herr Expediteur May seine sämtlichen Kutscher und Arbeiter in das Büro rufen, wo er ihnen eine lange Straßpredigt hielt und alle Schleichfertigkeiten des Verbandes aufzählte und allen — freiwillig 1 Mk. pro Woche zulegte. Zu vor hatte sich dieser Herr mit seinem Kollegen Herrn Dzur davon verständigt; auch dieser hatte versprochen, seinen Leuten wie bisher an die Organisation anzuschließen und mitzuwirken, diesem Prozeß der beiden Unternehmer Gehalt zu gebieten.

Magdeburg. Die Lohnbewegung der Kutscher ist nach einem 2 1/2 tägigen Streik erfolgreich beendet worden. Nach 13tägigen Verhandlungen, welche zwischen einer Kommission von Fuhrherren und Kutschern unter Mitwirkung des Herrn Dr. Wohl, Syndikus vom Arbeitgeberverband, und Verbandsvertretern des Deutschen Transportarbeiter-Verbandes stattfanden, sind die Lohn- und Arbeitsbedingungen der Kutscher in den Schwerfuhrwerksbetrieben, Expeditionsbetrieben und Abschabfuhrgefahrten auf 3 Jahre schriftlich geregelt worden. Die Erfolge dieses Streikes sind, daß eine einheitliche Regelung der Arbeitszeit erfolgt und daß die Arbeitszeit im Winter 1 Stunde pro Tag kürzer sein muß, daß am Sonntag die Kutscher (mit Ausnahme der Staatskutscher) nur von 7 bis 9 Uhr beschäftigt werden dürfen, daß jeder dritte Sonntag den Kutschern vollständig freizugeben ist, daß die Woche nur zu 6 Arbeitstagen zu rechnen ist, daß die Lohnzahlung möglichst Freitags erfolgt, daß vom 1. April d. J. ab feste Grundlöhne eingeführt werden. Ferner wird eine Schlichtungskommission, bestehend aus Kutschern und Fuhrherren, gebildet, welche alle sich aus diesen Vereinbarungen ergebenden Differenzen sofort regeln soll. Bevor die Schlichtungskommission aber in Tätigkeit tritt, wird Herr Dr. Wohl für die Arbeitgeber und Schwierzke für die Arbeitnehmer eine Regelung der Differenzen herbeiführen. Vorstehende Vereinbarungen sind bis heute von 41 Firmen unterschrieben anerkannt. In einer am Donnerstag mittag abgehaltenen Versammlung erklärten sich die streikenden Kutscher einstimmig mit den getroffenen Vereinbarungen einverstanden. Durch diese Lohnbewegung sind die Lohn- und Arbeitsbedingungen für etwa 400 Kutscher auf 3 Jahre einheitlich geregelt worden. — Ein ausführlicher Bericht erfolgt in der nächsten Nummer.

Mainz. Der Süddeutsche Arbeitgeberverband für das Transportge-

werbe ist abhanden gekommen! Der ehrliche Findex darf ihn behalten. Die hiesigen Möbeltransportarbeiter sowie die in der Expedition beschäftigten Kollegen haben ihren Unternehmern Tarifentwürfe unterbreitet, die festamerweise von einer „Lokalvereinigung der Möbelspediteure“ sowie von einer „Bereinigung Mainzer Spediteure“ beantwortet wurden. Diese Begebenheit muß notiert werden, da sich in beiden Vereinigungen ehemalige Vorstandsmitglieder des Süddeutschen Arbeitgeberverbandes befinden. Wo sind die „Heidelberger Straßeng“ geblieben? Doch nicht etwa unter die Studenten gegangen? Wir dürfen wohl annehmen: Bekämpft und besiegt das tapfere Heer, Herr Wolff und Herr Krabert im Dalles.

So geht es halt, wenn man mehr will als vernünftig ist. Die Weltgeschichte geht aber zur Tagesordnung über. — Kommen wir auf obige Lokalvereinigung zurück, so finden wir, daß sie den Geist der Väter zu amnestieren sich anschicken. Und wenn nicht alle Zeichen trügen, ist auch ihre Parole: Trutz und Krieg verbrämt mit diplomatischer Schönebrei. Das Wohl unserer Arbeiter ist uns höchstes Gebot, nur — bewilligen können wir nichts. Die Lokalvereinigung der Möbelspediteure hat eine Marotte des Süddeutschen Arbeitgeberverbandes aufgegriffen, d. h. sie hegt die Absicht, die Motorarbeit im Transport durchweg einzuführen. Für den 5 Meter-Wagen sollen 5 Mk., unberücksichtigt der Stagen, gezahlt werden, weitere Wagenlängen 1 Mk. aufwärts. Die Leute schaffen nicht genug; durch den Motor soll die Arbeitsleistung gesteigert werden. Wir wollen, daß die Leute etwas verdienen sollen, sagt Herr Krabert und bietet obige Preise, jedenfalls in der Absicht, daß sich die Arbeiterschaft ebenso zugunsten der Unternehmer in ihren eigenen Reihen geschehen ist. Auf diese Möglichkeit werden die Herren schon verzichtet müssen, weil den Arbeitern realere Grenzen bei selbst beachtlicher Konkurrenz geboten sind, als den Unternehmern. Drückt der Unternehmer die Preise, so sucht er sich an billigen und willigen Arbeitskräften schadlos zu halten, d. h. er verdrängt aus der Arbeitskraft herauszuschinden, was herauszuschinden ist, um letzten Endes auf Kosten der Arbeiter dennoch auf seine Rechnung zu kommen. Unterbieten sich indes die Arbeiter, so tun sie dies auf ureigenste Kosten. Je weniger die Arbeiter verdienen, um so weniger können sie ihren Lebensunterhalt bestreiten. Der Hungerriemen muß um einige Löcher fester gezogen werden, was auf Kosten ihrer Gesundheit geht, denn kein Krämer fordert vom schlechtbezahlten Arbeiter weniger für seine Waren, wie von den übrigen Käufern. Diese Wirtswahrheit sollten die Herren doch auch kennen und endlich begreifen, daß ein schlechtbezahlter Arbeiter seine Arbeitsleistung niemals steigern kann. Naiv wie sich die Herren stellen, verlangen sie von der Arbeiterorganisation die Garantie für eine Minimumleistung, d. h. der Verband soll zuerst durch seinen Einfluß die Arbeitsleistung der Arbeiter fördern, und wenn das geschehen, wollen die Herren erst ein Vertragsverhältnis mit uns eingehen. Vermutlich wird Mühsam bei solchen Waren; fast möchte man meinen, die Nachwirkungen des Karnevals sind noch nicht vorüber. Da zwischen Möbeltransport- und sonstigen Expeditionen eine ziemlich starke Personalunion besteht, nimmt es nicht Wunder, daß auch die Forderungen der Expeditionen mit denselben Vamento abgelehnt, höflich abgelehnt wurden, wie bei der ersten Gruppe. Unsere Kollegen wollen aus den kurzen Ausführungen das eine lernen: Die Herren Unternehmer in Mainz wollen keinen Schritt vorwärts ohne Kampf. Wenn möglich, werden sie rückwärts husen, auf Kosten der Arbeiter. — Dieser Standpunkt ist uns allerdings nicht recht, werden uns aber zu gebotener Zeit damit abfinden. Die Folgen kommen auf das Konto der Unternehmer.

Reichenhall. Allgemeine Lohnbewegung der Kutscher und Fuhrleute. Im Jahre 1908 wurde in Reichenhall nach erbittertem Kampfe für die Kollegen ein Tarifvertrag abgeschlossen, der im März 1910 abgelassen war. Mit Rücksicht auf die örtlichen Verhältnisse haben die dortigen Kollegen den Tarif zwei Jahre weiter laufen und erst in diesem Frühjahr durch den Verband neue Forderungen einreichen lassen. Daß wir in Rücksicht auf das Fuhrgewerbe in Reichenhall den Tarif zwei Jahre verlängert haben, scheint aber von den Arbeitgebern als Schwäche aufgefaßt worden zu sein. Eine Anzahl Arbeitgeber erklärten vor vorherein keine Lohnzulage zu geben, wir sollten nur ruhig streiken, sie hielten es schon aus. Wieder andere sagten, daß sie ihren Leuten eine Mark Zulage geben wollten, aber sie müßten dann in Zukunft Wohnung, Heizung und Licht (für die bis jetzt Zulage nicht gemacht wurden) mit zwei Mark wöchentlich in Abzug bringen. Das waren die ganz Schläuen, denn dadurch hätten sie durch die Lohnbewegung von ihren Kutschern noch eine Mark herausbekommen. Nun ist allerdings richtig, die Arbeitsverhältnisse in Reichenhall sind mit denen anderer Städte nicht ohne weiteres zu vergleichen. Das Trinkgeldwesen oder vielmehr Anwesen spielt hier eine große Rolle. Im Sommer ist häufig sehr viel, im Winter manchmal sehr wenig zu tun und aus diesem Grunde hatte man auch früher einen Sommer- und Winterlohn eingeführt. Der Lohn war im Winter um 2 bis 4 Mark pro Woche niedriger wie im Sommer. Zum Teil fahren die Leute Schwerfuhrwerk, dann wieder statern sie oder fahren Omnibus, Post- oder Doktorkutschen. Die einen wohnen beim Arbeitgeber in Kost und Logis, andere haben nur Wohnung, wieder andere haben sonstige Vergünstigungen beim Arbeitgeber. Hundertelei verschiedene Verhältnisse. Unter solchen Umständen mußte erst einmal eine vernünftige Grundlage geschaffen werden und dazu gehörte vor allen Dingen ein einheitlicher

Lohn für das ganze Jahr. Der Wagen verlangt schließlich im Winter genau so sein Recht wie im Sommer, und für die Familie werden im Winter im Gegenteil die Ausgaben noch bedeutend höher als im Sommer. Aus diesem Grunde war die Hauptforderung die Gleichstellung des Lohnes das ganze Jahr hindurch. Nach längeren Verhandlungen mit den einzelnen Firmen kam eine Besprechung mit dem Verein der Fuhrwerksbesitzer zustande, bei welcher der Hauptleiter den Herren Klipp und Klar sagt, daß, wenn die Fuhrwerksbesitzer auf ihrem Standpunkt beharren, an eine friedliche Beilegung der Angelegenheit nicht zu denken sei. Nach längeren lebhaften Auseinandersetzungen kam dann eine Einigung in dem Sinne zustande, daß die Arbeitgeber sich bereit erklärten, den Lohn für das ganze Jahr gleichmäßig festzusetzen. Der Lohn steigt nun in den meisten Betrieben während des Winters (in Reichenhall auf 7 Monate festgesetzt) um 3 Mark, bei 5 Firmen um 4 Mark pro Woche, im Sommer um 1 bis 2 Mark. Krankentassen- und Invalidenbeiträge werden vom Lohn nicht in Abzug gebracht. Dieses Angebot wurde in der am 2. April tagenden Versammlung der Fuhrleute auf Anraten der Verbandsleitung von dem Kollegen angenommen und dadurch der drohende Kampf vermieden. Von 28 Firmen haben den Tarif bereits 24 unterschrieben. Die noch ausstehenden 4 Firmen beschäftigen nur 6 Kutscher und haben sich ebenfalls zum Teil bereit erklärt, die Forderungen zu bewilligen, — wenn nicht, dann haben sie eben die Konsequenzen zu tragen. Wenn bei dieser Lohnbewegung auch nicht alles erreicht wurde, was wir gehofft, so ist es doch durch den festen Zusammenhalt der Kollegen möglich gewesen, die Hauptforderung, einen gleichmäßigen Lohn für das ganze Jahr, durchzusetzen. Nur bei einer einzigen Firma war dies aus verschiedenen Umständen nicht möglich, doch werden wir auch hier bei dem nächsten Tarifabschluss zu einer Einigung gelangen. Da von den Arbeitgebern der Arbeitsnachweis des Verbandes ebenfalls anerkannt wurde, so können die Kollegen mit dem Erfolg der diesmahligen Bewegung zufrieden sein, umsomehr, als die Angelegenheit ohne nennenswerten Opfer erledigt werden konnte. Einiges mögen sich aber die Kollegen gesagt sein lassen, wären sie nicht so gut organisiert gewesen und hätten sie nicht so fest zusammengehalten, sie hätten keinen Pfennig Lohn-erhöhung bekommen. Es muß nunmehr Ehrenpflicht eines jeden Kollegen sein, mitzuhelfen bei der Agitation, bis der letzte Kutscher organisiert ist, nur dann können wir auf der jetzt geschaffenen Grundlage beim nächsten Tarifabschluss weitere Erfolge erzielen.

Müstringen-Wilhelmshaven. Scharfmacher an der Arbeit. Am 1. April legten die Kutscher und Arbeiter der Firma Krieger u. Friederichs wegen Lohninflationen die Arbeit nieder. Alle Versuche der Organisation, den Konflikt in Güte beizulegen, scheiterte an das Verhalten der Firma. Die Anstrengungen der Firma, Arbeitswillige zu bekommen, waren bis jetzt vergebens. Unsere streikenden Kollegen haben es verstanden, Arbeitswillige fernzuhalten. Es läßt sich denken, daß die Mut der Scharfmacher im W. W. F. groß ist. In der letzten Versammlung des W. W. F. hat eine bekannte Größe gesagt: Jeder muß sich selber helfen. Dabei wird er sicher an seinen Betrieb gedacht und sich gesagt haben: In meinem Betriebe arbeiten ja nur blaublütige Arbeiter, bei mir wird nicht gestreikt. Wir glaubten nun schon, der W. W. F. würde sich um den bestreikten Betrieb nicht mehr kümmern; da wehte uns der Wind, es herrschte an dem Tage vielmehr ein gewaltiger Sturm, folgendes, an die einzelnen Betriebe gesandtes Schreiben in unser Verbandsbüro:

„Verein Wilhelmshavener Fuhrherren. Gebr. 1904.“

Streng vertraulich! Wilhelmshaven, den 4. April 1912.

Sehr geehrter Herr! In dem Betriebe unseres Mitgliedes, der Firma Krieger u. Friederichs, Müstringen 1, haben die Transportarbeiter unter Kontraktbruch die Arbeit niedergelegt; die Solidarität erfordert, daß kein unserer Mitglieder die ausstehenden Arbeiter beschäftigt.

Sollte der eine oder der andere derselben in Ihrem Betriebe eingestellt sein, so erwarten wir von Ihrem Solidaritätsgefühl, daß Sie denselben sofort wieder entlassen.

(Es folgen die Namen der Arbeiter.)

Sachachtungsvoll Verein Wilhelmshavener Fuhrherren E. W. Der Vorstand.“

Wie heißt es doch: Wer andere an freiwiliger Arbeit hindert, wird bestraft. Wo ist der Staatsanwalt, der Anklage gegen diese Uebeltäter erhebt. Es wird sich wohl schwer einer finden. Würden aber unsere streikenden Kollegen versuchen, einen Arbeitswilligen anzureden, er würde eingelocht, vielleicht auf Monate. Wir sehen es ja augenblicklich im Ruhrrevier. Wenn zwei dasselbe tun, so ist es eben bei unseren heutigen Rechtsverirrungen nicht daselbst. — Arbeitgeber und Arbeiter, welch ein Unterschied in einem Klassenstaat. — Die Unternehmer bezwecken, unsere streikenden Kollegen auszuhungern. Aber damit wird es gute Weile haben.

Es wird den Unternehmern mitgeteilt, die Arbeiter hätten unter Kontraktbruch die Arbeit niedergelegt und so den Konflikt verschuldet. Das ist nicht wahr. Krieger hat uns den Tarif, der bis zum 31. März d. J. Gültigkeit hatte, am 1. Januar gekündigt. Vierzehn Tage vor Ablauf der Kündigung sind wir mit den neuen Forderungen an die Firma herantreten, worin ein Lohnaufschlag von 2. — Mk. pro Woche gefordert wurde. In der ersten Verhandlung ließ Krieger durchblicken, daß er nicht abgeneigt wäre, mehr zu zahlen. Bei der zweiten Verhandlung

lehnte Krieger ab und sagte wörtlich: Ich will nicht immer der erste sein, ich werde mich immer von den anderen (gemeint waren die anderen Unternehmer) anstürmen lassen! Wir halten also recht, wenn wir glauben, Krieger sei von seinen Kollegen dazu gezwungen worden, uns den Tarif zu kündigen. Es ist uns ja auch bekannt, daß die Unternehmer, welche im V. B. F. organisiert sind, immer sagen: Ich will wohl den Tarif unterschreiben, aber ich kann nicht. Und auch die Firma Krieger u. Friederichs wird nicht können, d. h. nicht dürfen — diese „Herrn im Hause!“ Wer die Verhältnisse am Orte kennt, der weiß, welche Macht die Scharmacher am Orte haben. Nachbrand sagte in einer Kommissionssitzung, wo über einen Lohnvertrag verhandelt wurde, als ein Unternehmer den Vorschlag machte, nach dem Entwurf des Transportarbeiterverbandes zu verhandeln: Meine Herren, wir haben beschlossen, nach unserem Entwurf zu verhandeln und „ich will es so haben.“ Und es blieb so; keiner der anwesenden Unternehmer hatte den Mut, noch einen Ton zu sagen.

Nach am Morgen des 1. April wurde versucht, — die Arbeiter hatten bereits von ihren Forderungen etwas abgelassen, — eine Verständigung herbeizuführen, aber wiederum vergebens. Darauf verließen die Arbeiter den Hof. Handlungsgehilfen berichten die Arbeit der Transportarbeiter. Ueber den Ausgang des Streiks werden wir berichten.

Öffentliche

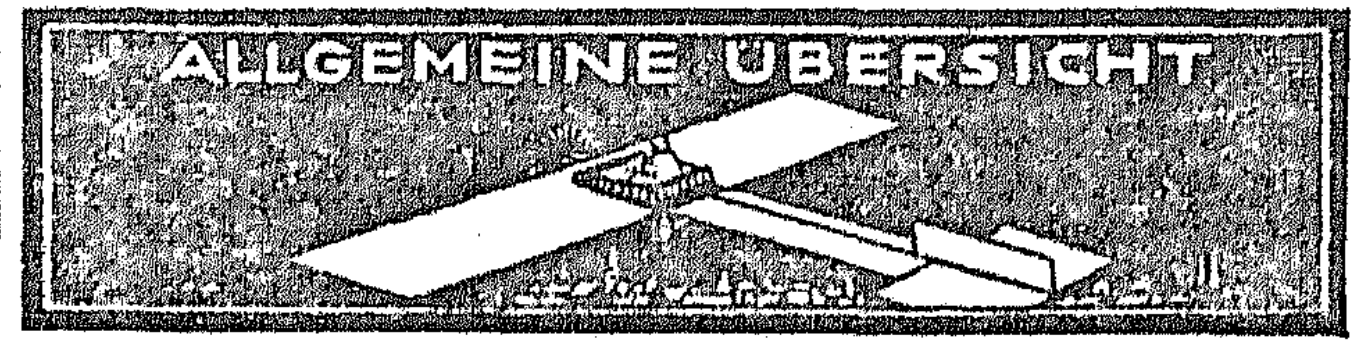
und Mitglieder-Versammlungen.

Berlin. Die Branche der Geschäfts-Wäscheutcher und Lagerarbeiter hielt am 24. März eine Versammlung ab. Kollege Sch. als Berichterstatter von der örtlichen Generalversammlung wies einleitend darauf hin, daß das 4. Quartal wieder Lohnbewegungen brachte. Die Agitationsstätigkeit der einzelnen Branchen sei eine recht rege gewesen. Die 4881 neuen Kollegen und Kolleginnen, welche der Mitgliedschaft Berlin beigetreten sind, sind der beste Beweis dafür. Bei dem Massenverhältnis sei dasselbe zu konstatieren, da ein Mehr von 7462,36 Mk. gegenüber dem 3. Quartal zu verzeichnen sei. Nachdem Redner noch auf die immer stärker werdende Benutzung der Bibliothek und des Arbeitsnachweises hingewiesen, kommt er auf die Anträge zu sprechen. Hauptsächlich werde der Antrag 3, welcher von jedem Mitgliede gleiche Rechte und Pflichten verlangt, in einer demnächst als Fortsetzung gedachten Generalversammlung zur Annahme gelangen. Die hieran anschließende Diskussion zeigte, daß die Kollegen und Kolleginnen ein sehr reges Interesse auch an den Verwaltungsgeschäften haben. Alsdann wurde die Wahl der 90 Delegierten zur örtlichen Generalversammlung für 1912 vorgenommen. Da nahezu die Hälfte aller Delegierten sich bereit erriarten, wieder zu kandidieren und für die noch fehlenden genügende Vorschläge gemacht wurden, konnte die Wahl per Affirmation ohne Schwierigkeiten erledigt werden. Der folgende Punkt: Der Verbandstag in Breslau und die Normierung der dortin zu entsendenden Delegierten gestaltete sich sehr lebhaft. Vorgesprochen wurden die Kollegen: W., H., S. Sch., K., D., W., Hoppe und Geisler, wovon die letzten beiden durch Abstimmung die Mehrheit erhielten.

Moskau. Am 16. März fand eine Mitglieder-versammlung statt. Als 1. Punkt der Tagesordnung brachte Kollege Rhode den Kartellbericht. Er legte hier nochmals die Stellung des Kartells zum Gewerkschaftsbau dar. Es sollen in den einzelnen Gewerkschaften Beschlüsse darüber gefaßt werden. Hierüber wurde lebhaft debattiert und wiederum wie in den vorigen Versammlungen der Gewerkschaftsbau einstimmig abgelehnt. Darauf kamen die Anträge zum Verbandstag in Frage. Die in der letzten Mitglieder-versammlung gewählte Kommission stellte verschiedene Anträge. Sämtliche Anträge wurden angenommen. Man schritt darauf zur Wahl eines Delegierten und eines Ersatzmannes für den Verbandstag. Es wurde gewählt Kollege Doh als Delegierter und Kollege Stühr als Ersatzmann. — Unsere Versammlungen finden jeden dritten Sonntag im Monat statt. (Papier muß einzeln beschrieben werden. Red.)

Wismar. Am 20. März fand eine gut besuchte Mitglieder-versammlung statt. Es stand ein Antrag der Obmänner auf der Tagesordnung, der folgend lautet: „Jedes Mitglied ist verpflichtet, einmal im Monat in der Versammlung zu erscheinen, widrigenfalls es eine Marke zu 10 Pf. kleben muß; befreit sind nur Mitglieder, welche über Land arbeiten, oder durch Krankheit verhindert sind.“ Dieser Antrag wurde von Muge dahin begründet, daß in letzter Zeit eine Saumpflanzung in der Mitgliedschaft Wismar eingetreten sei, welche nicht gut zu nennen sei; unbedingt müsse hierin Abhilfe geschafft werden. Vom Vorstand aus wurde der Antrag durch 2. noch klargestellt, wie notwendig es sei, daß die Mitglieder in der Versammlung erscheinen, da wir im Winter doch gelernt haben, bei der großen Arbeitslosigkeit, wie der Rat von Wismar denkt über die Steuerzahler. Nur der Arbeitslosenversammlung, in welcher wir die Kommission beauftragten, beim Nate vorstellig zu werden, können wir es verbieten, daß Abhilfe geschafft wurde. Ebenfalls der Streik, den wir verloren haben bei der Handelsgesellschaft, muß uns in die Versammlungen treiben, um Material zu schaffen, die Scharte auszuweichen. Nachdem noch mehrere Redner für den Antrag gesprochen hatten, kam er zur Abstimmung, welche ergab, daß er gegen 7 Stimmen angenommen wurde. Im Punkt Verschiedenes machte B. bekannt,

daß die Firma Hoffmann u. Molzen den Zusatz zum Lohnvertrag so angenommen hat, wie er in der vorhergehenden Versammlung beschlossen wurde.



Berlin. Bericht über den Arbeitsnachweis der Berliner Verwaltung für das 1. Quartal 1912.

Arbeitslos waren nach Branchen	Gemeindefte Stellen (für fest) (a. Unstille)	Besetzte Stellen (für fest) (a. Unstille)
Hausdiener u. Packer	1868 1570 2801	1102 2761
Kutscher u. Mitfahrer	581 336 102	206 93
Specht u. Lagerarb.	1672 218 1287	155 1229
Weinlesterarbeiter	33 11 —	99 —
Mineralwasserarbeiter	21 7 2	2 2
Leitergerüstbauer	52 1 76	— 64
Fensterreiniger	271 179 1321	175 1214
Kraftwagenführer	220 154 —	74 —
Lehr- u. Arbeitsbursch.	770 1042 46	579 44
Arbeiterinn. Packerinn.	27 36 8	9 4
	5015 3554 5643	2311 5411
	9197	7722

Arbeitslos blieben am Schluß des 1. Quartals 710 Kollegen. 2087 unterstützungsbedürftige arbeitslose Kollegen erhielten für 40937 Tage 55 500,60 Mk. Arbeitslosenunterstützung.

62 jugendliche Kollegen erhielten für 723 Tage 374,50 Mk. 18 weibliche Mitglieder erhielten für 326 Tage 191,— Mk. Insgesamt wurden an 2167 Kollegen und Kolleginnen für 42027 Tage = 56 006,10 Mk. ausbezahlt.

Am 74 auf der Durchreise befindliche Kollegen wurden 113,25 Mk. Reiseunterstützung gezahlt. Zugereist sind 128 Kollegen. Abgereist sind 123 Kollegen.

Gerhart Hauptmann über amerik. Milliardäre.*
Es ist für die Besitzer der Paläste in der Fifth Avenue ein nicht zu unterschätzendes Glück, daß ihre Köpfe meist kreinisiert und ihre Ohren mit Laubbild geschlagen sind. Sonst würde keiner von ihnen auch nur vorübergehend zum Genuß seines Daseins gelangen. Man kann sich in Europa nicht vorstellen, von welcher Fülle von Mächten und Verwünschungen die Umgebung der Häuser der Goulds, der Vanderbilts usw. verfinstert ist. Millionenfach täglich werden ihre Mauern von Wüsten der Wut, des Hasses, des Neides und der tiefsten Verachtung getroffen, so daß man sich fragt, wie es kommt, daß sie nicht hunderttausendfach durchlöchert sind. Diese Häuser werden dem Fremden in New-York etwa so gezeigt, wie der Tower in London oder in Deutschland eine mittelalterliche Mächtige, eine Fostertammer, eine Stauhpfeule oder ein Burgverließ. Es ist nicht wahrscheinlich, daß die Tyrannen des alten Griechenlands stärker als die Besitzer jener Paläste allgemein gehaßt und verachtet gewesen sind. Allerdings auch gefürchtet, muß man hinzusetzen. Diese langweiligen Sandstein- und Marmorpalais werden angehen wie auf Jahrmärkten Käfige wilder Tiere, oder wie man Gebäude ansehen würde, die aus den blutigen Judas-pfennigen erbaut worden sind, um die der Sage nach ein Jünger Jesu den Meister verriet.

Dem allgemeinen Brauche gemäß erging sich denn auch Willy Snyders in scharfen und höchst respektlosen Äußerungen. Ein solcher Brauch ist natürlich in einem Lande, wo es den Bürgern völlig unmöglich ist, irgend jemand für etwas anders als seinesgleichen anzusehen, und wo eine geheiligte Autorität, ein unterscheidender Nimbus, weder für Geld noch für gute Worte zu haben ist. Es gibt dort keine Fürsten, also auch keine Geldfürsten, sondern nur solche Leute, von denen man sagt, daß sie durch Raub, Diebstahl und Betrug einen ungerechten Aktienanteil der allgemeinen, jahraus, jahrein fortgesetzten Dollarflutschüge gesichert hätten. Es gibt für sie nicht einmal die schlichte Bürgerkrone, geschweige Grasentkrone und Fürstenhut, sondern im besten Falle die schwefelduftige Aureole des Gaunertums.

Als Willy Snyders seinem ehemaligen Lehrer dies und ähnliches vorgetragen hatte, machte Friedrich eine Reihe bitterer und wunderlicher Vorschläge. Zum Beispiel: die Dollarmillionäre sollten sich doch, da sie einander so ähnlich sehen, um richtig unterschieden zu werden, wie die nummerierten Seitenstraßen der Avenues ganz einfach Mister Mammon einz, Mister Mammon zwei, drei und so weiter nennen. Der Zentralpark mit seinen Beethoven- und Schillerbüsten, seinen Shakespeares, Scotts- und Burnsstatuen würde doch durch die Florifikation dieser paar erbärmlichen deplazierten Hungerleider gar zu lächerlich. Man sollte doch lieber eine Kolossalstatue des goldenen Kalbes darin aufstellen. Die Sache ließe sich vielleicht noch interessanter gestalten, wenn man, ähnlich den Serapionsbrüdern auf dem Hofe Bahard, die Chefs der Firmen Gould, Rockefeller, Vanderbilt, Bannentater und Pierpont Morgan hintereinander auf dem goldenen Kalbe sitzend porträtierten nachbilden würde. Dies wäre außerdem für New-York die denkbar gewaltigste Attraktion.

* Im „Berliner Tageblatt“ erscheint augenblicklich der Roman „Atlantis“ von Gerhart Hauptmann. Wir entnehmen daraus folgende Schilderung, die auch auf deutsche Verhältnisse zutreffen dürfte.

Wehe der Welt.

Wir erheben uns und — warten!
Die Jahrhunderte wir harren,
Warten schon noch einen Tag;
Warten noch der rechten Stunde,
Um dann plötzlich in der Stunde
Zu erstehn mit einem Schlag.
Hört Ihr unsere Herzen klopfen?
Seht Ihr unsern Blick erhellt?
In den Becher noch einen Tropfen,
Einen noch! Und dann: **Wehe der Welt!**

Die Jahrtausende geknechtet,
Mit der Freiheit nicht gerechert,
Stehn zu letzten Kampf bewehrt.
Schaut entlang nur unsere Reichen!
Weht! Aus Eurer Saat gedeihen
Früchte, die Ihr nicht begehrt.
Hört Ihr unsere Herzen klopfen?
Seht Ihr unsern Blick erhellt?
In den Becher noch einen Tropfen,
Einen noch! Und dann: **Wehe der Welt!**

Aus des Hungers fahlen Reichen,
Auf der Stirn der Knechtschaft Zeichen,
Namen wir, die Ihr verbannt:
Unserer Weiber blutige Tränen,
Unserer Kinder schones Sehnen,
Haben uns hinaus gesandt.
Hört Ihr unsere Herzen klopfen?
Seht Ihr unsern Blick erhellt?
In den Becher noch einen Tropfen,
Einen noch! Und dann: **Wehe der Welt!**

Was das Elend uns gelassen:
Ein vom Schmerz genährtes Hasen
Werfen in die Waage wir.
Glaubt es unsern bleichen Mienen,
Es ist Ernst! — Wenn einst erschienen
Unser Tag, dann zittert Ihr!
Hört Ihr unsere Herzen klopfen?
Seht Ihr unsern Blick erhellt?
In den Becher noch einen Tropfen,
Einen noch! Und dann: **Wehe der Welt!**

Euer Hohn und Euer Lachen,
Unsern Born soll es entfachen,
Heißer, bis Ihr nicht mehr lacht!
Bis die Lebende Eures Lebens
Euch zermalmt, und Ihr vergebens
Euch verbergt im Echo der Nacht!
Hört Ihr unsere Herzen klopfen?
Seht Ihr unsern Blick erhellt?
In den Becher noch einen Tropfen,
Einen noch! Und dann: **Wehe der Welt!**

Wir erheben uns und — warten!
Die Jahrtausende wir harren,
Warten eine Stunde noch.
Doch die Stunde naht dem Ende...
Und mit einem Druck der Hände
Werfen ab wir unser Joch!
Hört Ihr unsere Herzen klopfen?
Seht Ihr unsern Blick erhellt?
In den Becher noch einen Tropfen,
Einen noch! Und dann: **Wehe der Welt!**
John Henry Macab.

Mitteilungen des Verbands-Vorstandes.

Abhandeln genommen sind die Mitgliedsbücher nachstehend genannter Kollegen:
In Berlin: Max Eisner, Spt.-Nr. 429 121, eingetr. 11. 6. 10; Albert Wani, Spt.-Nr. 32 654, eingetr. 17. 1. 10; Georg Knopp, Spt.-Nr. 16 268, eingetr. 6. 11. 09; Friedr. Leske, Spt.-Nr. 34 722, eingetr. 6. 3. 10; Fritj. Layer, Spt.-Nr. 70 790, eingetr. 11. 3. 11; Paul Schneider, Spt.-Nr. 78 654, eingetr. 15. 7. 11; Erich Schulz, Spt.-Nr. 37 002, eingetr. 16. 4. 10; Hans Schulz, Spt.-Nr. 33 653, eingetr. 7. 2. 10.
In Darmstadt: Karl Stroh, Spt.-Nr. 237 431, eingetr. 19. 8. 11.
In Hannover: Ernst Grimme, Spt.-Nr. 175 110, eingetr. 19. 6. 10.
In Leipzig: Arthur Mühlmann, Spt.-Nr. 95 161, eingetr. 1. 5. 10.
In Schwabach: Karl Seidel, Spt.-Nr. 358 034, eingetr. 15. 10. 11.
In Trier: Joh. Faldah, Spt.-Nr. 314 777.
Falls diese Bücher vorgezeigt werden, sind sie anzuhaken und an die Adresse des Unterzeichneten einzusenden.

Mit kollegialem Gruß
Der Vorstand.
J. A.: Oswald Schumann, Berlin SO. 16, Engel-Ufer 21, Hof 1 Tr.

NB. Alle den Verband und die Agitation betreffenden Schriftstücke sind an obige Adresse zu richten. Alle Gelder sind an den Hauptkassierer, Kollegen Carl Kahler, Berlin SO. 16, Engel-Ufer 21, Hof 1 Tr., einzusenden.

Bekanntmachung.
Den Bewerber um die in Nr. 10 des „Courier“ vom 10. März d. J. ausgeschriebenen Stelle eines Bordkassierers für die Dampfschiffe auf dem Rheim zur Kenntnis, daß dieser Posten besetzt ist.
Der Vorstand.

Verantwortl. Redakteur: Karl Mühlhahn, Weydenberg.
Verlagsanstalt „Courier“, G. m. b. H.
Druck: Maurer & Dimmig, Berlin, Köpenickerstr. 36/38.